



Mit frischem Mut zu neuen Ufern!



Antragsbuch

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, 18.-19. Oktober 2008

Stiftungen Evangelische Jugendhilfe in Bernburg

Inhaltsverzeichnis:

Arbeitsprogramm 2008 – 2010

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
A1	Arbeitsprogramm Landesvorstand	4

Antragsbereich - Bildung

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
B1	Breiterer Einstellungskorridor für Lehrereinstellungen Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	9
B2	Demokratisierung der Schule Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	10
B3	Enthierarchisierung des Schulsystems Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	14
B4	Schulische Bildung wieder auf die Tagesordnung Juso-Kreisverband Harz	16
B5	Volkslieder im Schulunterricht Juso-Kreisverband Mansfeld-Südharz	17
B6	Unterschriftenkampagne zur Bundestagswahl 2009 gegen den Bildungsföderalismus Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	18
B7	Didaktik-Ausbildung von Dozenten Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	20
B8	Verbesserung der Lehrerfortbildung Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	21
B9	Bestehende Schulstandorte schützen Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	22
B10	Gründung von Privatschulen erschweren Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	23
B11	Bestehende Schulstandorte schützen/ Stopp weiterer Schulschließungen Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand	24

Antragsbereich – Medien- und Innenpolitik

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
MI1	Medienvielfalt ausbauen und den lokalen Hörfunk stärken Juso-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld	25
MI2	Kinderrechte in die Landesverfassung Sachsen-Anhalts und in das Grundgesetz Juso-Stadtverband Magdeburg	27
MI3	Udo Voigt aus dem Bundeswehrverband ausschließen! Juso-Stadtverband Magdeburg	28
MI4	„Polizeiruf 110“ und Tatort für Magdeburg Juso-Stadtverband Magdeburg	29
MI5	Generationengerechtigkeit in Deutschland Juso-Stadtverband Magdeburg	30

MI6	Keine weitere Verschärfung von Sicherheitsgesetzen Juso-Kreisverband Salzland	31
MI7	Initiative für eine Länderfusion Juso-Kreisverband Saalekreis und Jusos-Stadtverband Halle	32

Antragsbereich - Organisation

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
O1	Einführung eines „Jugendbeauftragten“ Juso-Stadtverband Magdeburg	33
O2	Einsetzung eines Pressesprechers Juso-Stadtverband Magdeburg	34
O3	Initiierung von Partnerschaften zwischen Kreis- und Stadtverbänden Juso-Kreisverband Mansfeld-Südharz	35
O4	Termine von SPD-Vertretern veröffentlichen Juso-Kreisverband Mansfeld-Südharz	37
O5	Juso-Vertreter bei der Bundesversammlung Juso-Kreisverband Saalekreis und Juso-Stadtverband Halle	38
O6	Verpflichtende Kreisbereisung der/des Landesvorsitzenden Juso-Kreisverband Saalekreis	39
O7	Wahl der Lak-Koordinatoren Juso-Kreisverband Saalekreis und LAK Bildung über den Landesvorstand	40
O8	Richtlinien für den Juso-Landesvorstand zum Umgang mit LDK-Anträgen Juso-Kreisverband Saalekreis und Juso-Stadtverband Halle	41
O9	Rechte der Antragskommission Juso-Kreisverband Salzland	42
O10	Sozialdemokratie an Hochschulen stärken: Finanzierung der Juso-Hochschulgruppen sichern! Juso-Hochschulgruppe Magdeburg	43

Antragsbereich – Umwelt, Verkehr, Energie

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
UVE1	Landesplan zur Anpassung an den Klimawandel Juso-Stadtverband Halle und Juso-Kreisverband Saalekreis	44
UVE2	Umsetzung des DESERTEC-Konzeptes zur Nutzung regenerativer Energien Juso-Stadtverband Halle	45
UVE3	Erweiterung der Verkehrsstatistik Juso-Stadtverband Magdeburg	47
UVE4	Keine Ampeln, keine Bordsteine – Gegen den Verkehrsschilderwald – Für „Shared Space“ in Sachsen-Anhalt Juso-Stadtverband Magdeburg	48

Antragsbereich – Wirtschaft und Soziales

Nr.	Titel und Antragsteller	Seite
WiSo1	Änderung des Bundesgleichstellungsgesetzes Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Salzland	49
WiSo2	Änderung des Frauenfördergesetzes Sachsen-Anhalt Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Salzland	50
WiSo3	Erbschaftsteuerreform Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis	51
WiSo4	Erhöhung der Diäten von Bundestagsabgeordneten Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Salzland	52
WiSo5	Gerechte Abgeltung der Überstunden Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis	53
WiSo6	Keine Verlängerung der Investitionszulage Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis	54
WiSo7	Mehr Sachleistungen statt mehr Kindergeld Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den Landesvorstand, Juso-Stadtverband Halle und Juso-Kreisverband Saalekreis	55
WiSo8	Einführung einer Mindestlohnkommission Juso-Stadtverband Halle	56
WiSo9	Einrichtung einer ALGII-Kommission Juso-Stadtverband Halle	58
WiSo10	Zurückhaltung bei Diätenerhöhungen Juso-Kreisverband Harz	60
WiSo11	Einführung einer Börsenumsatzsteuer Juso-Stadtverband Magdeburg	62
WiSo2	Einführung einer verbindlichen Patientenverfügung Juso-Stadtverband Magdeburg	63
WiSo13	Stärkung des Tourismus – Einführung des „Elbtalers“ in Sachsen-Anhalt Juso-Stadtverband Magdeburg	64
WiSo14	Umwelt und Wirtschaft nicht gegeneinander ausspielen Juso-Stadtverband Magdeburg	65

1 Antrag: A1

2

3 Antragsteller: Juso-Landesvorstand

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7 **Landesarbeitsprogramm der Jusos Sachsen-Anhalt 2008 – 2010**

8

9 I. Präambel

10

11 Das Jahr 2009 wird für die SPD im Land und im Bund ein Jahr der Entscheidungen
12 werden: Bei den Wahlen zum Bundestag und denen zum europäischen Parlament
13 müssen sich sozialdemokratische Politikentwürfe als tragfähig genug erweisen, um
14 die Restauration schwarz-gelber Gesellschaftskonzepte zu verhindern.

15 Hierbei kommt den Jusos als Jugendverband der SPD eine wichtige Aufgabe zu. Wir
16 müssen den Willen und die Entschlossenheit aufbringen, Politik nicht nur beobachten
17 und kritisieren zu wollen, sondern gestaltend an ihr teilzunehmen. Dafür brauchen wir
18 einen Landesverband, der konsequent und konzentriert inhaltlich arbeitet, seine
19 Mitglieder zum Mitmachen motiviert und durch eine kreative Streit- und
20 Diskussionskultur auch über die SPD-Grenzen hinaus wahrgenommen werden kann.
21 Wir Jusos Sachsen-Anhalt werden auch in Zukunft engagierte Wahlkämpfe für die
22 Sozialdemokratie in unserem Land bestreiten.

23 Die Jusos sind junge Menschen und vertreten folglich die Interessen junger
24 Menschen. Beim Streben nach den besten Ideen, Inhalten oder den besten
25 politischen Konzepten steht für uns aber stets das Miteinander im Vordergrund. Für
26 uns bedeutet politische Verantwortung, gesellschaftlichen Problemen ins Gesicht zu
27 sehen und die Frage nach ihren Lösungen offen nach vorne zu stellen, mit dem Ziel,
28 die bestehenden Verhältnisse nachhaltig zu verbessern.

29 Grundlage für die Arbeit der kommenden Jahre ist das 2007 in Wittenberg
30 beschlossene Selbstverständnis der Jusos Sachsen-Anhalt. Auf der Grundlage
31 dieses mit breiter Mehrheit verabschiedeten „Manifests“ wollen wir auch in den
32 kommenden zwei Jahren daran mitwirken, unser Bundesland und die
33 Bundesrepublik sozial gerechter, familienfreundlicher, gebildeter, toleranter und
34 ökologischer zu machen.

35

36 II. Strukturen

37

38 a) Der Landesvorstand

39

40 Der Landesvorstand der Jusos Sachsen-Anhalt koordiniert die politische Arbeit des
41 Landesverbandes. Er berät und beschließt auf regelmäßigen Zusammenkünften über
42 politische Angelegenheiten.

43 Auf seiner konstituierenden Sitzung gibt sich der Landesvorstand eine
44 Geschäftsordnung und verteilt für die kommenden zwei Jahre die interne
45 Aufgabenverteilung. Diese wird umgehend den Jusos des Landesverbandes
46 zugänglich gemacht, damit Ansprechpartner für konkrete Projekte schnell und
47 problemlos gefunden werden können. Die Arbeit der Landesvorstandmitglieder soll
48 auch daran gemessen werden, wie sie ihre Pflichten bei der Kreis- und
49 Arbeitskreisbetreuung wahrnehmen.

50

51

1 b) Der Landesausschuss

2

3 Der Landesausschuss vertritt die Interessen der Stadt- und Kreisverbände auf
4 Landesebene. Er kontrolliert und korrigiert die Arbeit des Landesvorstandes,
5 beschließt über politische Angelegenheiten und versteht sich selbst als eine
6 Plattform zum Zwecke des Austausches von Informationen. Der Landesausschuss
7 führt einmal im Jahr ein Seminar zum Erfahrungsaustausch über Mitgliederwerbung,
8 Öffentlichkeitsarbeit sowie Vorbereitung und Durchführung von Events auf der Ebene
9 der Stadt- und Kreisverbände durch.

10

11 c) Die Landesarbeitskreise (LAK)

12

13 Die Landesarbeitskreise unterstützen maßgeblich die inhaltliche Arbeit des
14 Landesverbandes und sind für folgende Themenbereiche selbständig aktiv:

15

16 LAK Zukunft

- 17 • Kampagnenfähigkeit des Verbandes
- 18 • Wahlkampfstrategien
- 19 • Neumitgliederwerbung

20

21 LAK Bildung

- 22 • frühkindliche Bildung, Schul- und Hochschulpolitik
- 23 • schulbegleitende Einrichtungen
- 24 • Berufsaus- und Weiterbildung
- 25 • Begleitung des Landes-Bildungskonvents

26

27 LAK Soziales und Integration

- 28 • Demografie
- 29 • Gleichstellungspolitik
- 30 • Dialog der Generationen
- 31 • Kinderarmut und Jugendarbeitslosigkeit

32

33 LAK gegen Rechtsextremismus

- 34 • Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung
- 35 • Weiterführung des Projekts „Endstation rechts“

36

37 LAK Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Energie

- 38 • Arbeitsmarktpolitik und Globalisierung
- 39 • demografische Entwicklung und Stadtumbau
- 40 • Nutzung regenerativer Energien
- 41 • Umweltstandards auf Landesebene
- 42 • Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie
- 43 • Verkehrsinfrastruktur und Zukunft des ÖPNV

44

45 Die Landesarbeitskreise werden bis spätestens Ende November auf einer Sitzung
46 konstituiert, die der Landesvorstand vorbereitet, einberuft und durchführt. Auf dieser
47 Zusammenkunft benennen die konstituierten Arbeitskreise einige Projekte oder Ziele,
48 die in den kommenden zwei Jahren in Angriff genommen werden sollen.

49 Sie treten regelmäßig zusammen und wählen aus den eigenen Reihen einen
50 Koordinator, der zu Sitzungen einlädt und die Arbeit der Landesarbeitskreise

1 strukturiert. Bei Bedarf können sich die Landesarbeitskreise einen Stellvertreter des
2 Koordinators wählen.
3 Jeder Landesarbeitskreis ist verpflichtet, zu den Landesdelegiertenkonferenzen
4 schriftlich oder mündlich Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen.
5 In ihrem inhaltlichen Wirken sind die LAK als wichtige Säule unseres
6 Landesverbandes weit gehend autonom.
7 Zur Absicherung der Arbeit unseres Landesverbandes führen die
8 Landesarbeitskreise pro Kalenderjahr ein Seminar oder Seminarwochenende durch.
9 Bei der Organisation und Durchführung kann der Landesvorstand um Hilfe gebeten
10 werden, grundsätzlich erfolgt die Seminararbeit aber eigenständig.

11 12 d) Die Juso- Hochschulgruppen

13
14 Eine wichtige Zielgruppe für die Sozialdemokratie sind die Studierenden an den
15 Hochschulen. Uns ist bewußt, dass besonders an den Hochschulstandorten des
16 Landes die aktive Arbeit unserer Hochschulgruppen ein probates Mittel ist, den
17 Jusos und der SPD ein beträchtliches Reservoir neuer Mitglieder und
18 Sympathisanten zu erschließen.
19 Das Landeskoordinatorentreffen der Hochschulgruppen entsendet einen Vertreter in
20 den Landesvorstand. Dieser nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des
21 Landesvorstandes teil und hat Antrags- und Rederecht.

22 23 III. Inhalte

24
25 Wir Jusos Sachsen-Anhalt wollen an begonnene und erfolgreiche Projekte der
26 letzten Jahre ausdrücklich anknüpfen und die fortgeschrittenen unter ihnen auch zu
27 einem Ende führen. Hierzu zählen zum Beispiel die Fortführung des „Endstation
28 Rechts“-Projekts, der Ausbau und die Veröffentlichung der im LAK Zukunft
29 erarbeiteten Fragebögen und Leitfäden für die Arbeit in strukturschwachen Kreis-
30 und Stadtverbänden sowie die Fortsetzung der Begleitung des Bildungskonvents
31 durch den LAK Bildung. Zudem wollen wir unsere Juso-Kandidaten durch die
32 Sozialdemokratische Kommunalakademie für die kommenden politischen
33 Herausforderungen, zum Beispiel die Kommunalwahlen 2009, fit machen. Dabei
34 bauen wir auf die bewährte Zusammenarbeit mit der SGK und der SPD.

35
36 Eine wichtige Aufgabe in den kommenden zwei Jahren wird es sein, während und im
37 Umfeld der anstehenden Wahlkämpfe die Außenwirkung von Jusos und SPD im
38 Blick zu behalten. Die Jusos sind nicht die Jugendorganisation der SPD, die lediglich
39 Plakate klebt und Beschlüsse der Zentralen verkündet; wir sind vielmehr eine
40 Arbeitsgemeinschaft, die eigenständig intensiv arbeitet und eigene Ideen, Konzepte
41 und Zukunftsentwürfe sowie eine spezifische, sehr lebendige Verbandskultur zu
42 bieten hat. Unsere Ansichten werden immer dann Gehör finden, wenn wir sie mutig,
43 offensiv und sachlich in die Partei hineinragen.

44
45 Wir werden die Arbeit des Bundesverbandes auch weiterhin kritisch-konstruktiv
46 begleiten. Einem Verband, in dem gut die Hälfte der Mitglieder schon Verantwortung
47 auch in der „erwachsenen“ SPD trägt, bleibt allerdings wenig Zeit für die Diskussion
48 der vom Professor abgelehnten Seminararbeiten unserer Genossinnen und
49 Genossen.

50 Wir freuen uns über die vielfältigen Initiativen und Diskussionsanstöße des
51 Bundesverbands und eignen uns die zweckmäßigen an – doch wir übernehmen, wie

1 dies auch für die SPD als solche gilt, nicht sklavisch jede Vorgabe aus dem
2 Bundesbüro.

3
4 Für die inhaltliche Arbeit des Landesverbandes und seine Positionierung innerhalb
5 der SPD oder gegenüber der Öffentlichkeit steht jeder einzelne Juso in der Pflicht,
6 von der Arbeit im Ortsverein bis zum Bundeskongressdelegierten. Hierin
7 eingeschlossen ist nicht nur der Kontakt zur den anderen Arbeitsgemeinschaften in
8 der SPD – zur AfB, zur AsJ, der AfA und zur AG 60+.

9 Auch der Dialog mit anderen gesellschaftlichen Aktivisten von den Falken über die
10 Gewerkschaftsjugendorganisationen bis hin zu Sozialverbänden und lokalen
11 Initiativen muss künftig eine tragende Rolle spielen. Wir werden daher versuchen, als
12 ersten Schritt einen regelmäßigen Dialog zwischen den Jugend-
13 GewerkschaftsvertreterInnen in Sachsen-Anhalt und dem Juso-Landesverband zu
14 initiieren. Ziel unseres Handelns muss es sein, gemeinsame Positionen zu stärken
15 und durchzusetzen.

16
17 Wir wissen, dass bei den Jusos neben dem Reiz der inhaltlichen Arbeit auch der
18 gesellige Aspekt eine wichtige Rolle spielt. Oft bieten unsere Seminare eine
19 gelungene Mischung beider Vorzüge von Juso-Arbeit. Deshalb wird der
20 Landesvorstand bis zur LDK 2009 ein Seminarwochenende anbieten. Hierbei sollen
21 unter anderem die Landesarbeitskreise ihre Arbeit vorstellen und zur Diskussion
22 anregen.

23 Weil wir uns aber nicht nur in der täglichen Arbeit im Landesverband, in den Kreis-
24 und Stadtverbänden bewähren, sondern uns immer wieder auch unserer Wurzeln
25 vergewissern müssen, wird der Landesverband in der kommenden Legislaturperiode
26 zudem ein Seminar zu den theoretischen Wurzeln von Sozialdemokratie und
27 Arbeiterbewegung veranstalten. Federführend ist dabei der Landesvorstand.

28 29 IV. Innerverbandliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

30
31 Zur transparenten Vermittlung der Arbeit des Landesverbandes wird der
32 Landesvorstand in regelmäßigen Abständen publizierend tätig. In einem
33 elektronischen Newsletter wird regelmäßig über die wichtigsten Ergebnisse der
34 Arbeit von Landesvorstand, Landesausschuss und der Landesarbeitskreise berichtet,
35 gleichzeitig können so aber auch Termine im Landesverband in großer Breite
36 bekannt gegeben werden.

37
38 Weiterhin fungiert die Homepage und der in enger Verbindung zu ihr stehende Blog
39 als zentraler Ort der innerverbandlichen Kommunikation. Die Verantwortlichen sind
40 angehalten, Neuigkeiten stets rasch zur Verfügung zu stellen, um ein fehlende
41 Aktualität unserer wichtigsten Plattform zur Außendarstellung zu verhindern.

42
43 Wir müssen ehrlich konstatieren, dass unser Frauen- wie auch unser Schüler- und
44 Auszubildendenanteil alles andere als befriedigend ist. Der gesamte Landesverband,
45 insbesondere auch die Kreis- und Stadtverbände, sind aufgefordert, vor diesem
46 unerfreulichen und gefährlichen Zustand die Augen nicht zu verschließen und sich
47 für eine Verbesserung der Situation einzusetzen.

1 Antrag: B1
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Breiterer Einstellungskorridor für Lehrereinstellungen**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass sich unsere Landesminister/innen und die
12 SPD-Landtagsfraktion für einen breiteren Korridor bei den Lehrereinstellungen
13 einzusetzen.
14

15 **Begründung:**

16
17 Zwar ist das Lehrer-Schüler-Verhältnis in Sachsen-Anhalt auf dem Papier größer als
18 in manch anderen bundesdeutschen Flächenländern, doch sieht es in der Realität
19 ganz anders aus. Wie wäre sonst die hohe Ausfallquote an unseren Schulen zu
20 erklären? Hinzu kommt, dass die Lehrerkollegien in unserem Bundesland überaltert
21 sind.
22

23 Wenn wir jetzt nicht anfangen im großen Maße neue junge Lehrer einzustellen,
24 verlieren wir auch die Möglichkeit, dass sich die beiden Lehrergenerationen noch
25 austauschen können. Schließlich müssen die neuen Lehrer auch die Kontakte zu
26 den Partnerschulen oder schulexternen Partnern und Verbänden übernehmen. Das
27 können sie nicht von heute auf morgen, da dies zumeist jahrelang gepflegte Kontakte
28 sind. Hier müssen die älteren Kollegen sie erst langsam an diese Kontaktpflege
29 heranführen.
30

31 Ein weiter Grund ist, dass, wenn wir nicht jetzt anfangen zu handeln, die gut
32 ausgebildeten jungen Lehrer in andere Bundesländer abwandern. Niemand sollte die
33 Illusion haben, dass diese Lehrer zurückkehren werden. Dies kann doch nicht in
34 unserem Interesse liegen, dass wir zwar Lehrer in unserem Land ausbilden, d.h. in
35 sie investieren, und dann ziehen lassen. Rein finanziell ist diese Praxis nicht sinnvoll.
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B2
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, das Kultusministerium
6 und den Bildungskonvent
7
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Demokratisierung der Schule**

11
12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine demokratischere Gestaltung der Schulen in
13 Sachsen-Anhalt. Folgende Punkte sind dabei zu berücksichtigen:

14 **Teil A: die Schülerinnen und Schüler**

15 Ebene I – die Klasse:

- 16 1) Alle Schülerinnen und Schüler einer Klasse bilden gemeinsam den Klassenrat.
17 Dieser tagt in einem festgelegten Rhythmus und bei Bedarf und entscheidet
18 demokratisch über die Klasse betreffende Belange wie Klassenfahrten, Projekte
19 etc.
20
- 21 2) Der Klassenrat wählt zu Beginn jedes Schuljahres einen Klassensprecher bzw.
22 eine Klassensprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin. Bei
23 Bedarf können weitere Ämter wie ProtokollantIn, Klassenbuchverantwortliche/r
24 etc. gewählt werden.
25
- 26 3) Der Klassensprecher bzw. die Klassensprecherin leitet die Sitzungen des
27 Klassenrates und vertritt die Klasse in der Schülerkonferenz.
28

29 Ebene II – die Schule:

- 30 1) Die KlassensprecherInnen aller Klassen einer Schule bilden zusammen die
31 Schülerkonferenz. Diese tagt mindestens einmal im Monat und entscheidet über
32 Belange, die die SchülerInnen der Schule betreffen.
33
- 34 2) Die Schülerkonferenz wählt für die Dauer von einem Jahr Delegierte für das
35 Schulparlament.
36
- 37 3) Die Schülerkonferenz wird vom Schülersprecher bzw. von der Schülersprecherin
38 geleitet. Dieser/diese wird zusammen mit einem Stellvertreter bzw. einer
39 Stellvertreterin für die Dauer von einem Jahr direkt von den SchülerInnen der
40 jeweiligen Schule gewählt.

41 Ebene III – der Kreis bzw. die kreisfreie Stadt:

- 42 1) Der Kreis-/Stadtschülerrat setzt sich aus den SchulschülersprecherInnen und je
43 nach Schülerzahl aus 1 bis 2 weiteren von den SchülerInnen der jeweiligen
44 Schule direkt für 1 Jahr gewählten VertreterInnen zusammen.
45
- 46 2) Der Kreis-/Stadtschülerrat wählt aus seiner Mitte einen Sprecher bzw. eine
47 Sprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 48 3) Der Kreis-/Stadtschülerrat vertritt die Belange der Schülerschaft gegenüber dem
49 Kreistag bzw. Stadtrat, sowie der Schulverwaltung.

Ebene IV – das Land:

- 1) Die Mitglieder des Landesschülerrates werden alle zwei Jahre von einer Landesschülerdelegiertenkonferenz gewählt. Diese Konferenz setzt sich proportional nach der jeweiligen Schülerzahl in den Kreisen und kreisfreien Städten zusammen. Die Delegierten werden von ihrem jeweiligen Kreis-/Stadtschülerrat gewählt.
- 2) In den Landesschülerrat können nur SchülerInnen gewählt werden, die noch mindestens für die Dauer der Amtszeit die Schule besuchen.
- 3) Der Landesschülerrat wählt aus seiner Mitte einen Sprecher bzw. eine Sprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 4) Der Landesschülerrat vertritt die Belange der Schülerschaft gegenüber dem Kultusministerium bzw. dem Landtag und koordiniert die Kreis- bzw. Stadtschülerräte.

Teil B: die Eltern

- 1) Klassenebene: Mindestens einmal im Quartal ist ein Elternabend einzuberufen. Die Eltern der SchülerInnen einer Klasse wählen aus ihrer Mitte zu Beginn jedes Schuljahres einen Elternsprecher bzw. eine Elternsprecherin sowie einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 2) Schulebene: Die ElternsprecherInnen aller Klassen einer Schule bilden zusammen den Elternrat der Schule. Dieser wählt für ein Jahr aus seiner Mitte einen Schulelternsprecher bzw. eine Elternsprecherin und einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin sowie für die Dauer von einem Jahr Delegierte für das Schulparlament.
- 3) Kreis-/Stadtebene: Die SchulelternsprecherInnen aller Schulen pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt bilden zusammen den Kreis- bzw. Stadtelternrat. Dieser wählt für ein Jahr aus seiner Mitte einen Kreis- bzw. Stadtelternsprecher bzw. eine Elternsprecherin und einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 4) Landesebene: Die ElternsprecherInnen aller Kreise bzw. kreisfreien Städte bilden zusammen den Landeselternrat. Dieser wählt für ein Jahr aus seiner Mitte einen Landeselternsprecher bzw. eine Elternsprecherin und einen Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin.
- 5) Die gewählten ElternvertreterInnen vertreten auf der jeweiligen Ebene die Belange der Eltern gegenüber der Schulleitung, den Kommunalparlamenten, der Schulverwaltung sowie dem Kultusministerium und dem Landtag.

Teil C: das Schulparlament

- 1) Das Schulparlament tagt mindestens einmal im Quartal und setzt sich paritätisch aus Lehrer-, Schüler- und ElternvertreterInnen zusammen. LehrervertreterInnen sind FachgruppenleiterInnen bzw. LehrerInnen mit Sonderaufgaben. ElternvertreterInnen werden vom Schulelternrat delegiert und SchülervertreterInnen werden von der Schülerkonferenz delegiert.

- 1 2) Die Leitung und Koordination des Schulparlamentes obliegt dem Schulrat, der
2 sich aus der Schulleitung, der/dem ElternsprecherIn und deren/dessen
3 StellverteterIn und der/dem SchülersprecherIn und deren/dessen StellverteterIn
4 zusammen.
- 5 3) Das Schulparlament berät und beschließt über Aufgaben und Themen, die im
6 Rahmen der Erweiterung der Schulautonomie anfallen bzw. über Aufgaben und
7 Themen, die die gesamte Schule betreffen. Es kann weiterhin Aufgaben an die
8 anderen Gremien der Schule verteilen.

9

10 **Teil D: Allgemeine Anmerkungen**

11

- 12 1) Sollte auf einer der Ebenen ein Schüler bzw. eine Schülerin vorzeitig aus
13 ihrem/seinem Amt ausscheiden, rückt der bei der Wahl nächst unterlegene
14 Kandidat bzw. die nächst unterlegene Kandidatin in das Amt nach. Auf Antrag
15 eines Gremienmitgliedes ist auch eine Neuwahl möglich.
- 16 2) Die jeweilige Schule, der jeweilige Kreis bzw. die jeweilige kreisfreie Stadt und
17 das Kultusministerium stellen Räumlichkeiten und Verwaltung für die Arbeit der
18 jeweiligen Konferenzen und Räte zur Verfügung.
- 19 3) Es muss ein Gesetz geben, in dem die demokratischen Strukturen der Schulen in
20 Sachsen-Anhalt festgeschrieben sind und das ähnlich dem Hochschulgesetz
21 Aufgaben bzw. Rechte und Pflichten für die jeweiligen Gremien benennt.
- 22 4) Die seit langem geforderte größere Autonomie bei Finanzen, Personal etc. muss
23 umgesetzt werden, damit die Gremien auch über ihre Verantwortung eine
24 tragende Rolle im System Schule spielen können.
- 25 5) Nach einer Laufzeit von zwei Jahren erfolgt zusammen mit den Lehrer-, Eltern-
26 und SchülervertreterInnen im Land eine Evaluation.
- 27 6) An der Demokratisierung sind sämtliche staatlichen und privaten Schulformen zu
28 beteiligen, deren Schülerinnen und Schüler der allgemeinen Schulpflicht
29 unterliegen.

30

31 **Begründung:**

32

33 Demokratie ist nicht nur eine Staatsform sondern vor allem eine praktizierte
34 Gesellschaftsform. Das ist ein Punkt, der derzeit immer mehr in den Hintergrund tritt.
35 Als Teil unseres Wertesystems bedarf die Demokratie bzw. das demokratische
36 Miteinander aber besonderer Aufmerksamkeit, vor allem in der Bildung, in der die
37 Grundlagen für unsere Werte und für die Sozialisation der jungen Generationen
38 gelegt werden.

39 Die Schule als zentrale Instanz in der Bildung und Erziehung muss ein Abbild der
40 Gesellschaft sein, damit sie ihrer Aufgabe der gesellschaftsgerechten Sozialisation
41 nachkommen kann – das haben Soziologen bereits zur vorletzten Jahrhundertwende
42 erkannt. Unser Schulsystem muss deshalb auch den Wert Demokratie abbilden, was
43 derzeit nur in rudimentären Ansätzen der Fall ist, denn unser Schulsystem ist
44 überwiegend auf autoritären Weisungsstrukturen aufgebaut.

45 Wenn wir wollen, dass sich Menschen für Demokratie interessieren, an
46 demokratischen Entscheidungsprozessen interessiert sind, deren Bedeutung
47 schätzen und für Demokratie einstehen, dann müssen wir sie bereits in der Schule

1 davon überzeugen. Somit sind in der Schule altersgemäße Mitentscheidungen und
2 Mitverantwortung von Schülerinnen und Schülern gefordert und auch die Eltern
3 müssen als wichtige Bezugspersonen in diesen Prozess mit einbezogen werden.
4 Hier reicht es aber nicht einfach, ein bisschen Demokratieschein einzuführen. Hier
5 muss echte Beteiligung stattfinden können. Das vergrößert zwar den Aufwand zum
6 Teil erheblich, liegt aber im Bereich des machbaren und ist auf jeden Fall dringend
7 notwendig für das Funktionieren unserer Demokratie sowohl im politischen, als auch
8 im gesellschaftlichen Sinn.

9
10 **weitere Informationen:**

11 http://gud.bildung.hessen.de/Materialien_allgemein/Werte%20und%20Kompetenzen,%20Prof.%20Wolfgang%20Edelstein

12 http://www.bundeselternrat.de/fileadmin/pdf_dateien/dokumentationen/tagungen/2005/HPT05/Edelstein.pdf

13 http://www.boell.de/downloads/bildungskultur/Ademokratie_lernen_edelstein.pdf

14 http://www.bildung-lsa.de/db_data/4057/edelstein_schulsystem_demokratiewidrig.pdf

15 http://www.petra-kelly-stiftung.de/sites/pdf-doku/Edelstein_Erziehung.pdf

16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

52 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B3
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, das Kultusministerium
6 und den Bildungskonvent
7
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Enthierarchisierung des Schulsystems**

11
12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass bei der Beratung der zukünftigen
13 Schulstrukturen die Enthierarchisierung des Schulsystems und damit die
14 Gleichstellung von Gymnasium und Realschule zum Hauptziel gemacht wird.
15 Folgende Handlungsschwerpunkte sollen dabei in den Blick genommen werden:
16

- 17 1) Die Hauptschule bzw. die Hauptschulklassen innerhalb der Sekundarschulen sind
18 abzuschaffen.
- 19 2) Die jetzigen Sekundarschulklassen sind ebenfalls abzuschaffen und durch
20 Realschulklassen im ursprünglichen Sinne zu ersetzen.
- 21 3) Die Differenzierung erfolgt nicht wie bisher nach der 4. Klasse, sondern mit der 9.
22 Klassenstufe.
- 23 4) Der Unterricht am Gymnasium soll vor allem auf die Aufnahme eines Studiums
24 vorbereiten, d.h. Wissen und Fähigkeiten vermitteln, die Voraussetzung für die
25 Zulassung zum Studium sowie eine erfolgreiche Durchführung sind.
- 26 5) Die Realschule soll auf dem gleichen Niveau aber praxisnäher auf eine zukünftige
27 Fachausbildung vorbereiten, d.h. Wissen und Fähigkeiten vermitteln, die
28 Voraussetzung für die Aufnahme einer Ausbildung sowie eine erfolgreiche
29 Durchführung sind.
- 30 6) Innerhalb beider Schienen soll es neben die regulären Klassen sowohl Leistungs-
31 als auch Förderklassen geben. Erstere sollen Schülerinnen und Schülern mit
32 Leistungsrückstand über den regulären Unterricht hinaus helfen, den
33 Leistungsrückstand aufzuholen. Letztere sollen Schülerinnen und Schüler mit
34 überdurchschnittlichen Fähigkeiten bzw. besonderen Talenten und Interessen
35 über den regulären Unterricht hinaus weiterführende Angebote unterbreiten.
- 36 7) Zur Umsetzung dieser Neuerungen ist der Ausbau aller Schulen zu
37 Ganztagschulen erforderlich.
38

39 **Begründung:**

40
41 zu 1): Die Hauptschulausbildung befähigt in der Regel nicht mehr zur erfolgreichen
42 Durchführung einer Berufsausbildung. Oftmals versagen Hauptschüler bereits bei der
43 Bewerbung. Nach derzeitigem Stand und wissenschaftlicher Meinung hat die
44 Hauptschulausbildung ihre Daseinsberechtigung verloren.
45

46
47 zu 2): Ein hierarchisches Schulsystem ist in der Regel auch ein selektives. Da
48 Deutschland so stark wie kaum ein anderes die Schülerschaft nach sozialer Herkunft

1 aufteilt, sind hier nachhaltige Maßnahmen angezeigt. Würde man die
2 Sekundarschule zur Realschule im Sinne einer (tatsächlich) allgemeinbildenden
3 Schule mit Praxisbezug aufwerten, würde einer der wesentlichen Hintergründe der
4 Selektion wegfallen.

5
6 zu 3): Das längere gemeinsame Lernen ist eine Basisforderung der Sozialdemokratie
7 und Beschlusslage. Hintergrund ist vor allem, dass die Differenzierung nach der 4.
8 Klasse eindeutig und nachweislich zu früh erfolgt. Außerdem ist ein längeres
9 gemeinsames Lernen ein weiterer wichtiger Ansatz um soziale Selektion – die sich
10 v.a. für die Sekundarschule nachteilig auswirkt – zu verhindern.

11
12 zu 4 und 5): Zurzeit strömen viele Abiturienten nicht nur an die Universität, sondern
13 auch in ehemals klassische Sektoren der Realschüler. Allerdings befähigt derzeit
14 weder das Gymnasium vollständig zur Aufnahme und Durchführung eines Studiums,
15 noch befähigt die Sekundarschule vollständig zur Aufnahme und Durchführung einer
16 Berufsausbildung. Zusammen mit der späteren Differenzierung kann durch eine
17 spezifischere Ausrichtung beider Schienen eine bessere Vorbereitung erreicht
18 werden. Des weiteren können so erfolglose Ausbildungs- und Studienkarrieren
19 besser verhindert werden. Außerdem muss der Trend gestoppt werden, alle Kinder
20 „auf Teufel komm raus“ auf das Gymnasium zu schicken.

21
22 zu 6): Das deutsche Schulsystem erfüllt zwar in der Mehrheit der Fälle den
23 Anspruch, die Heranwachsenden auf das spätere Berufsleben vorzubereiten, der
24 Anspruch der individuellen Förderung wird aber weit verfehlt. Die
25 Hochbegabtenförderung steckt in Sachsen-Anhalt noch in den Kinderschuhen. Für
26 die Leistungsschwachen gibt es zwar ein weit verzweigtes Förderschulwesen, dieses
27 versagt aber in der Befähigung der Schüler, ihre Laufbahn in der Regelschule zu
28 beenden bzw. oftmals auch schon beim Erreichen eines Abschlusses innerhalb des
29 Förderschulwesens. Leistungs- und Förderklassen würden eine gute Möglichkeit
30 darstellen, die Schülerinnen und Schüler zu fördern, ohne sie voneinander zu
31 trennen. Anmerkung: Die Leistungs- und Förderschulklassen setzten sich aus
32 Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Klassenstufen mit besonderem
33 Förderbedarf zusammen, d.h. mehr- bzw. minderbegabte SchülerInnen werden nicht
34 voneinander getrennt sondern besuchen zusammen den regulären Unterricht.

35
36 zu 7) Flächendeckende Ganztagschulen sind Beschlusslage und wichtig für das
37 Instrument der Leistungs- und Förderklassen, da für solche Instrumente ein flexibler
38 Stundenplan mit größeren zeitlichen Spielräumen notwendig ist.

39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50 Abstimmungen:
51 Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: B4
2
3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Schulische Bildung wieder auf die Tagesordnung**

10
11 Der SPD-Kreisverband Harz / der Landesparteitag fordert den SPD-Landesvorstand
12 Sachsen-Anhalt dazu auf, dass Thema schulische Bildung wieder auf die
13 Tagesordnung zu setzen und angesichts der eklatanten Ergebnisse des sachsen-
14 anhaltischen Schulsystems auch über wirklich innovative grundsätzliche
15 Weichenstellungen zu diskutieren. Die Bildungspolitik der letzten achtzehn Jahre hat
16 sich als ausgesprochen innovations- und wirkungslos erwiesen. Wir müssen es
17 endlich schaffen über unseren eigenen Tellerrand hinauszuschauen und auch
18 vermeintliche Selbstverständlichkeiten, die nur dann als selbstverständlich gelten
19 können, wenn man ausschließlich die staatlichen deutschen Schulen im Blickfeld hat,
20 zu hinterfragen. Die Bildungspolitik muss endlich die wissenschaftlichen
21 Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte zur Kenntnis nehmen und vom ideologisch
22 prädestinierten Festhalten am Status quo befreit werden. Der Kreisverband Harz hat
23 dafür das anhängige Thesenpapier erarbeitet, welches als Diskussionsgrundlage
24 dienen sollte. Wir erwarten, dass die verantwortlichen Landtagsabgeordneten bei
25 inhaltlicher Ablehnung unserer Thesen, die Ablehnung und die beabsichtigte
26 Aufrechterhaltung des Status quo mit all seinen verheerenden Folgen für den Erfolg
27 des sachsen-anhaltischen Schulsystems ausführlich begründen.

28
29 **Begründung:** erfolgt mündlich
30

31
32 Notizen während der Debatte:
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

49 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
50 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B5

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Mansfeld-Südharz

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7

Volkslieder im Schulunterricht

8

9 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Landes-
10 regierung und alle sonstigen sozialdemokratischen Bildungspolitiker auf, sich aktiv
11 dafür einzusetzen, dass Volkslieder wieder verstärkt zur Selbstverständlichkeit in
12 sachsen-anhaltinischen Klassenzimmern gehören.

13

Begründung:

14

15
16 Kulturelle Bildung ist wichtig. Ob vorschulisch oder im Schulleben. Sie ist tragende
17 Säule einer offenen, wertorientierten Gesellschaft. Sie bildet aber auch ein
18 Heimatgefühl aus. Dazu gehören insbesondere Volkslieder und andere regional
19 unterschiedliche Heimatlieder. Sie müssen im Musikunterricht- speziell in der
20 Grundschule- aber auch in allen weiteren musischen Bildungsgängen an Schulen
21 des Landes verstärkt unterrichtet werden, damit Kinder wieder ein vernünftiges
22 Gefühl für heimatliche Sitten und Gebräuche bekommen. Hört man zum Beispiel als
23 Vorharzer im fernen München des Bergmannslied „Gluck Auf- Der Steiger kommt!“
24 so ist man auch dort an das zu Hause, die Heimat erinnert. Volkslieder (nicht zu
25 verwechseln mit volkstümlichen Liedern a la Heino o.a.) tragen zur kulturellen,
26 nationalen Identität bei, die in einer globalisierten Welt immer wichtiger wird und
27 somit nicht weiter vernachlässigt werden kann.

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B6
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Bundesvorstand
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Unterschriftenkampagne zur Bundestagswahl 2009**
10 **gegen den Bildungsföderalismus**
11

12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordert den Bundesvorstand der SPD auf, begleitend zum
13 Bundestagswahlkampf 2009 eine Unterschriftenkampagne zum Ende des
14 Bildungsföderalismus und für eine Bündelung von Kernkompetenzen im Bereich
15 Bildung auf Bundesebene durchzuführen und dieses Thema allgemein zu einem
16 Themen- und Wahlkampfschwerpunkt der SPD zu machen.
17

18 **Begründung:**
19

20 PISA 2000, PISA 2003, PISA 2006. Drei Studien und drei schlechte Ergebnisse für
21 Deutschland. Einer der Hauptkritikpunkte dieser und zahlreicher anderer
22 Bildungsstudien ist der Bildungsföderalismus und dessen Folgen für die deutsche
23 Bildungslandschaft. Tatsache ist: Die deutschen Bundesländer haben es seit
24 Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nicht geschafft, die deutschen
25 Bildungssysteme zukunftsfähig zu machen. Immer mehr Schülerinnen und Schüler
26 erreichen nicht die Anforderungen, die das Berufsleben an sie stellt. Darüber hinaus
27 sind alle Systeme sehr selektiv und deshalb sozial ungerecht. Reformen fallen, wenn
28 sie überhaupt stattfinden, nur minimal aus und bringen selten die erforderlichen
29 Veränderungen.

30 Oft wird als Argument für die Länderhoheit bei der Bildung angeführt, dass ein
31 innerdeutscher Wettbewerb zwischen den Systemen doch förderlich sei. Dabei
32 verkennt man aber, dass unser System im innereuropäischen Wettbewerb längst
33 abgehängt wurde, während es sich provinzielle Wettkämpfe liefert. Tatsache ist: Die
34 Länder haben versagt und können den Rückstand aus eigener Kraft nicht mehr
35 aufholen. Das würde nämlich heißen, Geld in die Hand zu nehmen. In Anbetracht der
36 finanziellen Lage der Länderhaushalte Zukunftsmusik.

37 Nur der Bund hat die finanzielle Kraft, das deutsche Bildungssystem zukunftsfähig zu
38 machen und nur der Bund kann verhindern, dass Deutschland in Sachen Bildung –
39 die wohl wichtigste Ressource des 21. Jahrhunderts – nicht völlig den Anschluss
40 verliert. Dass dies passieren kann, ist eine weitere Tatsache, der man sich nicht
41 verschließen kann und darf – das wäre grob fahrlässig. Ein Bildungswesen in
42 Bundeshand würde bedeuten: (1) mehr finanzielle Ressourcen, (2) gleiche
43 Bedingungen und damit Gerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler sowie
44 Studierenden, egal aus welchem Bundesland und (3) schnellere und ganzheitlichere
45 Reaktionen auf aktuelle Erfordernisse und eine sich immer schneller verändernde
46 Gesellschaft.

47 Wir Sozialdemokraten sollten dies deshalb zu einem unserer Leitthemen machen,
48 weil auch soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Zukunftsfähigkeit zu unseren
49 Leitthemen gehören. Die Bundestagswahl 2009 wäre ein angemessenes Ereignis für
50 den ersten Schritt in die richtige Richtung in Sachen Bildungsland Deutschland.
51

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: B7
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Kultusministerium
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Didaktik-Ausbildung von Dozenten**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass Lehrkräfte an Hochschulen in Sachsen-
12 Anhalt, sofern sie nicht schon über eine Didaktikausbildung verfügen, innerhalb der
13 ersten beiden Jahre ihrer Anstellung eine noch festzulegende Anzahl von Seminaren
14 in pädagogischer Psychologie, Pädagogik und allgemeiner Didaktik zu absolvieren
15 und bestehen zu haben. Außerdem müssen alle Lehrkräfte an unseren Hochschulen
16 halbjährlich an Lehrerfortbildungen teilnehmen.
17

18 **Begründung:**

19
20 Durch die didaktische Ausbildung des Lehrpersonals kann die Lehrqualität nicht nur
21 verbessert werden, sondern vielleicht ist es auch ein Mittel, die Studienabbruchrate
22 zu senken. Prüfungen kann man nur bestehen, wenn man den Stoff auch verstanden
23 hat. Doch wenn die Dozenten den Stoff nicht vermitteln können, ist die Sache mit
24 dem Verständnis schon etwas schwierig.
25

26 Zwar wurde schon an der Martin-Luther-Universität erkannt, dass bei vielen
27 Dozenten das Lehren zu kurz kommt, worunter vor allem die Qualität der Lehre
28 leidet, doch wurde dies noch nicht an allen Hochschulen erkannt. Daher sollte vom
29 Land die Initiative ergriffen werden, um den Ist-Zustand zu ändern und zu
30 verbessern.
31

32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
Weitergeleitet an:

1 Antrag: B8
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Verbesserung der Lehrerfortbildung**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für eine
12 bessere Lehrerfortbildung einzusetzen, die folgende Punkte beinhaltet:
13

- 14 1. Die Fortbildungslehrgänge sollen ausschließlich in den Schulferien stattfinden.
- 15 2. Einmal im Quartal sollen alle LehrerInnen einer Schule gemeinsam eine
16 Fortbildung mit ReferentInnen zu Themen wie Pädagogik, Didaktik, Umsetzung
17 und Weiterentwicklung des Schulprogramms oder anderen fachübergreifenden
18 Themen absolvieren.
- 19 3. Die fachspezifische und fachdidaktische Fortbildung solle mindestens einmal im
20 Halbjahr stattfinden.

21 **Begründung:**

22
23
24 Ein Großteil der Unterrichtsausfälle entsteht dadurch, dass Lehrer mitten in der
25 Woche zu ein- oder mehrtägigen Fortbildungen müssen. Würden wir diese in die
26 unterrichtsfreie Zeit verlegen, könnten wir schon die Anzahl der Ausfallstunden
27 minimieren.

28
29 Es ist wichtig, dass das gesamte Kollegium regelmäßig zusammentritt, um sich
30 gegenseitig über didaktische, pädagogische o. ä. auszutauschen, damit man neue
31 Ansätze für seinen eigenen Unterricht mitnehmen kann. Außerdem könnten so
32 schulinterne Richtlinien aufgestellt werden, welche Methoden in den jeweiligen
33 Jahrgängen vermittelt und angewendet werden sollen.

34
35 Da es in fast allen Fächern immer wieder neue Erkenntnisse gibt, die auch den
36 Unterricht betreffen, ist es wichtig, dass alle LehrerInnen immer über den neuesten
37 Kenntnisstand in ihren Fächern informiert sind. Das Gleiche gilt für die
38 fachdidaktischen Neuerungen, da sie es sind, die für den Unterricht förderlich sein
39 können.

40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B9
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: Juso-Hochschulgruppen in Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Bestehende Schulstandorte schützen**

10
11 Die Jusos- Landesdelegiertenkonferenz fordern die Juso-Hochschulgruppen auf, sich
12 für eine Stärkung der Mitsprache der Studierenden bei folgenden Punkten an den
13 jeweiligen Hochschulen einzusetzen:
14

- 15 1. Die Studierenden haben über ihre studentische Vertretung ein Mitspracherecht
16 über die Themen in ihren Seminaren.
- 17 2. Themenabsprachen für Prüfungen müssen schriftlich festgehalten werden.
- 18 3. Für jede Benotung müssen den Studenten die objektiven Bewertungsmaßstäbe
19 dargelegt werden.

20
21 **Begründung:** erfolgt mündlich
22

23
24 Notizen während der Debatte:
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B10
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Gründung von Privatschulen erschweren**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, eine gesetzliche
12 Regelung für die Entstehung oder Förderung von Privatschulen zu finden. Hierbei
13 soll einer der drei folgenden Vorschläge zur Anwendung kommen:
14

- 15 1. Die Landesgesetze werden so geändert, dass das Land Privatschulen nicht mehr
16 finanziell unterstützt.
- 17 2. Die Landesgesetze werden so geändert, dass die Gründung von Privatschulen im
18 Land Sachsen-Anhalt verboten wird.
- 19 3. Nach drei Jahren Bewährung erhält eine Privatschule eine 80%-Förderung durch
20 das Land. Diese Schule darf dann aber kein Schulgeld erheben und kann von
21 jeweiligen Landkreis bzw. von der jeweiligen kreisfreien Stadt SchülerInnen
22 zugewiesen bekommen.

23 **Begründung:**

24
25
26 Es ist ein ungewöhnliches Phänomen, dass die einzelnen Stadträte und Kreistage
27 mit Schmerzen und Zähneknirschen immer wieder bei ihrer mittelfristigen
28 Schulentwicklungsplanung das Aus für mehrere Schulen beschließen müssen. Dies
29 wird nicht zum Spaß gemacht, sondern ist dem Schülerrückgang und den
30 Sparmaßnahmen aus Magdeburg geschuldet.
31

32 Doch immer häufiger entstehen an den geschlossenen Schulstandorten
33 Privatschulen. Diese muss das Land nach drei Jahren finanziell unterstützen. Dies
34 bedeutet, dass wir nichts gekonnt haben, denn wir müssen quasi weiterhin diese
35 Schulen mitfinanzieren und gleichzeitig fehlen uns wieder die Schüler, um nach den
36 Magdeburger Vorgaben die bestehenden öffentlichen Schulen weiter zu betreiben.
37 Hier besteht dringender Handlungsbedarf!
38

39 Des Weiteren sorgen die Privatschulen für eine regelrechte Zerstörung der
40 Bildungslandschaft, indem sie sich die Rosinen unter den SchülerInnen
41 herauspicken, den Zugang zu ihren Schulen unter anderem mit finanziellen Hürden
42 beschränken. Das sorgt für soziale Selektion und eine zunehmende Zwei-Klassen-
43 Beschulung. Das muss geändert werden.
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: B11

2

3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Bildung über den Landesvorstand

4

5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Kultusministerium

6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9 **Bestehende Schulstandorte schützen/ Stopp weiterer Schulschließungen**

10

11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass sich die SPD-Landtagsfraktion und unsere
12 Landesminister/innen für einen wirklichen Stopp der Schulschließungen nach der
13 mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2009 einzusetzen. Die Schulen, die nach
14 dieser Planung erhalten bleiben, sollten für mindestens 10 bis 15 Jahre einen
15 Bestandsschutz erhalten.

16

17 **Begründung:**

18

19 Das Schulnetz ist nach unserer Ansicht schon bis an die Schmerzgrenze des
20 Zumutbaren ausgedünnt worden. Die Schulwege sind immer länger geworden. Eine
21 Stunde Weg bis zur Schule ist für viele SchülerInnen keine Seltenheit mehr.

22

23 Außerdem entstehen teils von der Schülerzahl her riesige Gebilde, bei denen nicht
24 einmal die LehrerInnen sich wirklich untereinander kennen, teils bleiben viele
25 Schulen als Außenstellen erhalten, die eigentlich geschlossen werden sollten. Das
26 kann nicht unser Ziel sein.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: MI1

2

3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

4

5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt

6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9

Medienvielfalt ausbauen und den lokalen Hörfunk stärken

10

11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass der SPD Landesparteitag beschließen möge:

12

13 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für die Änderung des Landesmediengesetzes in Sachsen-
14 Anhalt ein. Durch das Mediengesetz sollen kommerzielle Hörfunksender auf lokaler
15 Ebene erlaubt und die Vergabemöglichkeiten von Rundfunkfrequenzen an diese
16 Sender vorgesehen werden.

17

Begründung:

18

19
20 Im Landesmediengesetz von Sachsen-Anhalt fehlt die chancengleiche Verankerung
21 eines Zugangs von lokalen Radiosendern bei der Vergabe kommerziell nutzbarer
22 Rundfunkfrequenzen. Für Radiosender mit lokaler Ausrichtung ist im gegenwärtigen
23 Landesmediengesetz nur die Nutzung sogenannter Bürgermedien in Form eines nicht
24 kommerziellen lokalen Hörfunks vorgesehen. Da Einnahmen aus Werbung und
25 Sponsoring unzulässig sind besteht eine große Abhängigkeit bei der Berücksichtigung
26 von öffentlichen Geldern. Diese sind angesichts der knappen Kassen der Kommunen
27 kaum generierbar. Somit müssen sich, insofern Unternehmensgründungen in diesem
28 Bereich überhaupt erfolgen, die Anbieter im Regelfall auf das Internet konzentrieren
29 und haben somit nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit Endgeräte in Form von
30 Autoradios zu erreichen.

31

32 Mit dem Aufbau des „Goitzsche Radios“ im Bereich des südlichen Teils im Landkreis
33 Anhalt-Bitterfeld und der Umwandlung in ein Unternehmen, begann für zwei
34 Jugendliche ein mittlerweile jahrelanger Kampf um die Berücksichtigung für eine
35 Rundfunkfrequenz. Hintergrund für das Projekt war die Aufwertung und Nutzung des
36 touristischen Potentials rund um die Bitterfelder Seenplatte. Über
37 Werbebeschilderungen so die ursprüngliche Idee, sollten Touristen per Autoradio
38 über aktuelle Ereignisse, Sehenswürdigkeiten, Ausflugsziele und die Geschichte der
39 Region informiert werden. Für die in der Region lebenden Menschen sollten auf diesem
40 Wege auch Hochwasserstände und aktuelle Neuigkeiten mit lokalem Bezug vermittelt
41 werden.

42

43 Zahlreiche Gespräche und Anhörungen fanden mit Landespolitikern aller im Landtag
44 vertreten Parteien statt. Mit der Begründung „die Rundfunkfrequenzen sind
45 vergeben“, war das Vorhaben bis zum heutigen Zeitpunkt nicht realisierbar. Defacto
46 existieren aber bis heute ausreichende Frequenzen im Bereich des Ereignisfunks, die
47 im Regelfall nicht genutzt werden.

48

49 Auch in weiteren Landesteilen gab es mehrfach den Versuch lokale Hörfunkmedien
50 mit kommerziellem Charakter aufzubauen. Auch in diesen Fällen waren die Vorhaben

1 zum Scheitern verurteilt. Obwohl in *der* großen Mehrheit der Bundesländer per Gesetz
2 die Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Printmedien, Fernsehsendern und
3 dem Hörfunk auf lokaler Ebene vorgesehen ist, wird im Landesmediengesetz von
4 Sachsen-Anhalt dies defacto ausgeschlossen.

5
6 Mit der Erreichbarkeit des „Goitzsche Radios“ über die entsprechenden Endgeräte
7 würde ein richtiger Schritt zur Aufwertung von Medienvielfalt in Sachsen-Anhalt
8 stattfinden. Touristische Potentiale könnten besser gefördert und beworben werden
9 und im kleineren Rahmen Arbeitsplätze geschaffen werden.

10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: MI2
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt,
6 MinisterInnen der SPD
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Kinderrechte in die Landesverfassung Sachsen-Anhalts und in das** 11 **Grundgesetz**

12
13 Die MinisterInnen der SPD und die SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert,
14 sich bis zum Ende der Legislaturperiode dafür einzusetzen, die UN-Kinderrechte in
15 die Landesverfassung Sachsen-Anhalts und in das Grundgesetz einzubinden.
16

17 **Begründung:**

18
19 Die UN-Kinderrechtskonvention wurde im November 1989 von Deutschland
20 unterzeichnet und ratifiziert. Für eine moderne Demokratie ist es wichtig, Kinder vor
21 Entmündigung und Willkür zu schützen. Mit der Einbindung der UN-
22 Kinderrechtskonvention in die Landesverfassung unseres Bundeslandes, bekennen
23 wir uns zu den grundlegenden Rechten:
24

- 25
- 26 a) Kinder vor seelischer und körperlicher Gewalt zu schützen
 - 27 b) Kinder vor Ausbeutung zu schützen
 - 28 c) Kinder in der Familie zu schützen
 - 29 d) ihre Meinung frei zu äußern
 - 30 e) staatlicher Unterstützung während der Erziehung zu gewährleisten
 - 31 f) eines kostenfreien Kindergartens und einer kostenfreien Schulausbildung
- 32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: MI3
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Udo Voigt aus dem Bundeswehrverband ausschließen!**

10
11 Die Jusos-Sachsen-Anhalt fordern den Vorsitzenden Bernhard Gertz unverzüglich
12 auf, Udo Voigt endlich aus dem Bundeswehrverband auszuschließen.
13

14 **Begründung:**

15
16 Voigt ist bekannt für zahlreiche Aussagen, in denen er die deutsch Ostgrenze nicht
17 anerkennt, den NS-Kriegsverbrecher Rudolf Heß für den Friedensnobelpreis
18 vorschlägt oder die Tatsache bestreitet, dass sechs Millionen Jüdinnen und Juden
19 durch den Holocaust industriell ermordet wurden. In Anbetracht dessen stellt Udo
20 Voigt eine Gefahr für unsere Demokratie und den Frieden in Europa dar. Es ist nicht
21 nachzuvollziehen, dass eine Person mit derartigen Positionen weiterhin Mitglied im
22 Bundeswehrverband ist.
23

24 Zitate von Udo Voigt:

25
26 29.10.2004

27 *„Ein Aufstand der Deutschen ist überfällig. ...Gewalt sollte da keine Rolle spielen.
28 Wenn aus der Bewegung heraus jedoch entsteht, was wir nicht kontrollieren können,
29 dann ist das eine vollkommen andere Geschichte“*
30

31 DS Nr.1/2005

32 *„Gott- und vaterlandslose Sozis werden in den nächsten Wochen schon merken,
33 dass ihr Sozialverrat am deutschen Arbeiter weder mit Gebeten noch mit Hilferufen
34 an Gott oder das marxistische Manifest zu vertuschen sind“*
35

36 24.09.2004

37 *„Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann“*
38

39 04.2004

40 *„Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, das
41 man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei
42 geschaffen hat“*
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: MI4
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **„Polizeiruf 110“ und Tatort für Magdeburg**

10
11 Die JUSOS Sachsen-Anhalt regen an, dass die Landeshauptstadt Magdeburg künftig
12 ständiger Drehort eines „Polizeiruf 110“ wird.
13

14 Die SPD-Landtagsfraktion und die Landesminister werden gebeten, Möglichkeiten
15 auszuloten, um dieses Vorhaben zu realisieren.
16

17 **Begründung:**

18
19 In allen ostdeutschen Landeshauptstädten – außer der Landeshauptstadt
20 Magdeburg – werden Polizeirufe oder Tatorte gedreht. Daneben gibt es die Reihe
21 „SOKO Leipzig“. In Sachsen-Anhalt gibt es derzeit einen „Polizeiruf 110“ in Halle,
22 was von der Sache her in Ordnung ist.
23

24 Aber auch die zweite Metropole bzw. die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts hat es
25 verdient, Drehort für einen „Polizeiruf 110“ zu sein.
26

27 Magdeburg weist eine Vielzahl von Kulissen (alte Fabrikgebäude, ehemalige
28 Brauereien, Hafen etc.) für Kriminalfilme auf. So wurden erst vor einigen Monaten in
29 Magdeburg Szenen für die Verfilmung des Lebens von Hildegard Knef gedreht.
30

31 Durch dieses Vorhaben werden nicht nur die Aufmerksamkeit und das Interesse für
32 Magdeburg - sondern auch für Sachsen-Anhalt - erhöht.
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: MI5
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Bundesvorstand Jusos / AG 60plus
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Generationengerechtigkeit in Deutschland**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern den Bundesvorstand der Jusos und der AG
12 60plus auf, einen gemeinsamen Zukunftskonvent zum Thema
13 „Generationengerechtigkeit in Deutschland“ für das Jahr 2009 zu organisieren. Ziel
14 des Konvents soll ein gemeinsames Eckpunktepapier der Generationen sein,
15 welches zu veröffentlichen ist.
16

17 **Begründung:** erfolgt mündlich
18

19
20 Notizen während der Debatte:
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: MI6
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Salzland
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt, SPD-Bundesparteitag
6 und SPD-Bundestagsfraktion
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Keine weitere Verschärfung von Sicherheitsgesetzen**

11
12 Die Jusos in Sachsen-Anhalt fordern, dass die SPD Bundestagfraktion aufgefordert
13 wird, den Plänen von Bundesminister Schäuble zur weiteren Verschärfung der
14 Sicherheitsgesetze entschieden entgegenzutreten und damit einhergehend keinen
15 weiteren Abbau der grundgesetzlich verankerten Freiheitsrechte zuzulassen.
16

17 **Begründung:** erfolgt mündlich
18

19
20 Notizen während der Debatte:
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: MI7

2

3 Antragsteller: Juso-Kreisverband Saalekreis und Jusos-Stadtverband Halle

4

5 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand Sachsen-Anhalt

6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9

Initiative für eine Länderfusion

10

11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass der SPD Landesparteitag beschließen möge:

12

13 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern den Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt
14 auf, eine Arbeitsgruppe zum Thema Länderfusion zu bilden. Aufgabe dieser
15 Arbeitsgruppe soll die Prüfung der Machbarkeit und die Erarbeitung eines
16 mittelfristigen Handlungsplanes sein.

17

Begründung:

18

19 Die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt geht zurück, anderen Bundesländern in
20 Ostdeutschland geht es ähnlich. Auf die Dauer ist es vor allem finanziell nicht mehr
21 vertretbar, für derart kleine Bevölkerungsgruppen jeweils ein eigenes Parlament plus
22 Regierung und Verwaltung vorzuhalten. Bei den inneren Strukturen der Länder
23 wurde in den letzten Jahren viel eingespart und weitere Einsparungen stehen noch
24 bevor. Auf die Dauer kann dies für eine gesunde Aufrechterhaltung der Strukturen
25 und für Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit nicht gut sein. Es muss deshalb
26 ernsthaft in Erwägung gezogen werden, leistungsfähigere Gesamtkörper zu bilden.

27

28 Ein weiterer Punkt ist, dass so Ländergrenzen und damit gesetzliche Hürden
29 zwischen Regionen verschwinden würden, die eigentlich schon längst
30 zusammengewachsen sind. Ein größeres Bundesland wäre nicht nur strukturell und
31 damit finanziell ein Gewinn, sondern auch wirtschaftlich und damit ebenfalls
32 finanziell. Ein großes Land, das finanziell gut aufgestellt ist, kann dann auch besser
33 für seine Bürgerinnen und Bürger sorgen.

34

35 Da mit der CDU derzeit wohl kaum über mögliche Fusionen zu reden ist, muss die
36 SPD den Anfang machen und zunächst in den eigenen Reihen sondieren, ob sie für
37 eine ernsthafte Erwägung einer Fusionierung bereit ist. Eine gemeinsame
38 Arbeitsgruppe ist dafür ein erster kleiner aber wichtiger Schritt.

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

50 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O1

2

3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7 **Einführung eines „Jugendbeauftragten“**

8

9 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einführung eines „Jugendbeauftragten“ durch
10 den Juso-Landesvorstand.

11

12 **Begründung:**

13

14 Für die Schülerinnen und Schüler muss zeitnah ein neues Forum geschaffen
15 werden. Eine passende Möglichkeit hierfür ist der „Youth Organiser“. Der „Youth
16 Organiser“ soll zukünftig als Ansprechpartner die Schülerinnen und Schüler besser
17 an unseren Landesverband binden. Des Weiteren soll der „Youth Organiser“ eine
18 Plattform zur Diskussion von Jugend- und Schulpolitik in Zusammenarbeit mit
19 anderen Jugendorganisationen bilden.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O2

2

3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7 **Einsetzung eines Pressesprechers**

8

9 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einsetzung eines „Pressesprechers“ durch
10 den Juso-Landesvorstand.

11

12 **Begründung:** erfolgt mündlich

13

14

15 Notizen während der Debatte:

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O3

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Mansfeld-Südharz

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7 **Initiierung von Partnerschaften zwischen Kreis- und Stadtverbänden**

8

9 Der Landesverband soll nach der LDK ein Modellprojekt ins Leben rufen, bei dem
10 über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr jeweils 2 Kreis- und Stadtverbände
11 zusammenarbeiten. Geographische Nachbarschaft muss dabei keine Rolle spielen.

12 Bei dieser Zusammenarbeit sollen Informationen und Anregungen ausgetauscht
13 werden, um die Arbeit in dem eigenen Verband und auch im Landesverband zu
14 verbessern und verstärken. Zu diesem Zweck treffen sich die jeweiligen Partner
15 regelmäßig zu gemeinsamen Sitzungen oder Seminaren. Die genaue Ausgestaltung
16 der Partnerschaft bleibt ihnen überlassen. Jede Kooperation wird von einem Mitglied
17 des Landesvorstandes betreut.

18

19 Damit ein solches Projekt auch ein Erfolg wird, sollte man als Abschluss der
20 Zusammenarbeit ein Fest oder eine Veranstaltung organisieren. Dabei sollte man
21 auch Mandatsträger der SPD integrieren, um den Erfolg und die Nützlichkeit
22 geographisch übergreifender, aktiver Partnerschaften im SPD-Landesverband
23 aufzuzeigen.

24

25 **Begründung:**

26

27 Unser Landesverband hat das Problem, dass neben den großen Stadt- und
28 Kreisverbänden (Magdeburg, Halle, Harz) auch viele kleine existieren, die man als
29 strukturschwach bezeichnen muss. Die Jusos dort mühen sich um aktive Arbeit,
30 fühlen sich gelegentlich aber auch allein gelassen.

31 Deshalb sollten die größeren Verbände die kleineren unterstützen und ihnen ein
32 wenig unter die Arme greifen. Dabei lernen wir uns besser kennen und kommen
33 vielleicht auch in Ecken unseres schönes Landes, in denen der ein oder andere noch
34 nicht war. Es reicht für echte Solidarität im Landesverband nicht, dass man sich nur 1
35 Mal im Jahr auf der LDK sieht und dann wieder über einen längeren Zeitraum fast
36 keine Informationen über die tatsächliche Arbeit der Verbände erhält, denn auf den
37 LA-Sitzungen sind oftmals nur die gleichen Kreise anwesend –von anderen hört man
38 dann weniger.

39

40 Da durch dieses Projekt nach einer gewissen Zeit die Verbandspartner wechseln,
41 lernen sich alle besser kennen. Das dauert eine Weile und wird am Anfang ein wenig
42 Arbeit und Überwindung kosten. Hier kann der Landesvorstand, von dem jedes
43 Mitglied ein solches Team betreuen wird, unter die Arme greifen und gegebenenfalls
44 helfen.

45 Um auch eine gute Kommunikation und einen guten Informationsaustausch innerhalb
46 des Verbandes zu gewährleisten, ist es auch unerlässlich, dass innerhalb der Teams
47 in regelmäßigen Abständen kleine Updates an den Landesvorstand eingehen, die
48 dann auf der Homepage veröffentlicht werden. Dafür sollten die Teams sich
49 Beauftragte für Kommunikation suchen, damit eine lückenlose Berichterstattung
50 möglich ist.

51

1 Wir wissen natürlich, dass so ein Projekt nicht von heute auf morgen Fuß fassen
2 wird.

3 Es bietet aber langfristig den Reiz, den solidarischen Zusammenhalt und die aktive
4 Arbeit im Landesverband zu fördern. Vielleicht kommen dadurch ja auch ein paar
5 neue Mitglieder zu uns - und die inaktiven bekommen vielleicht wieder mehr Lust bei
6 einem sehr guten und dann auch noch besser funktionierenden Landesverband
7 mitzuwirken.

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O4

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Mansfeld-Südharz

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7

Termine von SPD-Vertretern veröffentlichen

8

9 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass vor öffentlichen Terminen prominenter SPD
10 Vertreter die lokalen Partei bzw. Gliederungsvertreter von zentraler Stelle zu
11 informieren sind, um eine bessere Außenwirkung der Sozialdemokratischen Partei
12 Deutschlands und deren Gliederungen zu gewährleisten. Dies kann sowohl von den
13 Regionalgeschäftsstellen geschehen als auch von der Landesgeschäftsstelle- ferner
14 von MdBs oder MdLs. Der hierfür benötigte Zeitaufwand ist gering- der Nutzen
15 mitunter groß.

16

Begründung:

17

18

19 Um lokale und regionale Themen besser ansprechen und authentischer besetzen zu
20 können bedarf es sowohl Bundes/ Landespolitische Prominenz als auch die Vertreter
21 vor Ort. Doch oftmals sind die lokalen Vertreter gar nicht über einen Besuch eines
22 Kopfes der Partei informiert und können sich somit vor Ort nicht mit diesem
23 präsentieren. Folglich kann sich der lokale Vertreter weder profilieren noch bekannter
24 werden.

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: O5
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Saalekreis und Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Juso-Vertreter bei der Bundesversammlung**

10
11 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass der SPD-Landesvorstand
12 bei der Benennung der fünf SPD-Delegierten für die Bundesversammlung 2009, die
13 neben den Bundestagsabgeordneten noch vom Landtag formal zu wählen sind, ein
14 Mitglied der Jusos berücksichtigt.
15

16 **Begründung:**

17
18 Die/der Bundespräsident/in vertritt nach außen hin das gesamte deutsche Volk. Das
19 bedeutet im Umkehrschluss, dass auch Vertreter aller Generationen an ihrer/seiner
20 Wahl beteiligt sein sollten.
21 Unser SPD Landesverband würde bei der geringen Zahl unserer Vertreter in der
22 Bundesversammlung ein positives Zeichen setzen, wenn er einen Juso entsendet.
23 Zum einen zeigt es, dass sich Jugendliche aus Sachsen-Anhalt für die
24 Präsidentinnenwahl interessieren und sich an ihr beteiligen möchten, zum anderen
25 würden wir damit zeigen, dass wir nicht immer nur Mandatsträgern aus Land und
26 Bund oder Landesvorstandsmitgliedern zurückgreifen, wenn es um die Besetzung
27 solcher Posten geht.
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O6

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Saalekreis

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7

Verpflichtende Kreisbereisung der/des Landesvorsitzenden

8

9 Die Jusos Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass in Zukunft die/der
10 Landesvorsitzende/r verpflichtet wird während einer Legislaturperiode, d.h. innerhalb
11 von zwei Jahren, in jedem Kreisverband und Stadtverband mindestens einmal an
12 einer Mitgliederversammlung teilzunehmen.

13

Begründung:

14

15

16 Leider muss man feststellen, dass die Landesarbeitskreise nicht in dem Maße
17 besucht werden, wie man es sich wünschen würde. Auch waren nie alle Mitglieder
18 des Landesausschusses bei einer Sitzung gleichzeitig anwesend. So ist es schwierig
19 die Meinungen und Probleme der einzelnen Kreis- und Stadtverbände zu erfahren.
20 Zwar ist es üblich, dass der Landsvorstand aus seinen Reihen Beauftragte für
21 bestimmte Kreise bestimmt, doch ist es unsere Überzeugung, dass parallel dazu
22 die/der Landesvorsitzende/r sich persönlich um die Jusos Basis kümmert.

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

Weitergeleitet an:

1 Antrag: O7

2

3 Antragssteller: LAK Bildung über den Landesvorstand und
4 Juso-Kreisverband Saalekreis

5

6 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

7

8

Wahl der Lak-Koordinatoren

9

10 Der Juso-Kreisverband Saalekreis und der LAK Bildung fordern, dass die Juso-
11 Landesdelegiertenkonferenz beschließen möge, dass die Koordinatoren der Juso
12 Landesarbeitskreise beginnend mit der LDK 2010 von allen Delegierten und Gästen,
13 die Mitglieder des Jusos-Landesverbandes sind, aller zwei Jahre auf der LDK
14 gewählt werden. Die Kandidatin/ der Kandidat hat gewonnen, der die meisten
15 Stimmen auf sich vereinen konnte.

16 Wenn innerhalb der zwei Jahre eine Neuwahl der/des Koordinator/in erforderlich
17 wird, wird diese auf einer Sitzung des Landesausschusses durchgeführt.

18

19 **Begründung:** erfolgt mündlich

20

21

22 Notizen während der Debatte:

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O8

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Saalekreis und Juso-Stadtverband Halle

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7 **Richtlinien für den Juso-Landesvorstand zum Umgang mit LDK-Anträgen**

8

- 9 1) Weiterleitung: Die Beschlüsse von Landesdelegiertenkonferenzen werden binnen
10 zwei Monaten nach einer LDK an die angegebenen Adressaten der Beschlüsse
11 weitergeleitet.
- 12 2) Beschlussbuch: Ein LDK-Beschlussbuch wird binnen zwei Monaten nach einer
13 LDK per E-Mail an alle Mitglieder des Juso-Landesverbandes versendet.
- 14 3) Beschlussevaluation: Der Status von Beschlüssen vergangener
15 Landesdelegiertenkonferenzen – *in Arbeit* vs. *durch politische Entscheidung*
16 *erledigt* vs. *abgewiesen* etc. – ist regelmäßig zu überprüfen. Die Ergebnisse
17 dieser Evaluation sind in einer Übersicht festzuhalten, die mindestens einmal pro
18 Halbjahr zu aktualisieren ist.
- 19 4) Veröffentlichung: Alle LDK-Beschlussbücher und die aktuelle Übersicht zur
20 Evaluation der Beschlüsse sind auf der Juso-Homepage zur Einsicht zur
21 Verfügung zu stellen. Aktuelle Entwicklungen sind zeitnah im Rahmen eines
22 Blogs zu melden. Zusätzlich sind die Ergebnisse in Kurzform mit dem
23 Antragsbuch zukünftiger Landesdelegiertenkonferenzen zu versenden.

24

25 Die Punkte 3, Satz 1 bis 4, Satz 2 gelten bereits für die Beschlüsse der Juso-LDK
26 2007.

27

28

29 **Begründung:**

30

31 Die Weiterleitung von Beschlüssen ist die Quintessenz einer
32 Landesdelegiertenkonferenz. Da es immer Anträge gibt, die auf aktuellen Problemen
33 beruhen, ist eine zügige Weiterleitung der Beschlüsse wichtig. Der (elektronische)
34 Versand eines Beschlussbuches versteht sich von selbst, ist aber mindestens in den
35 letzten zwei Jahren nicht mehr geschehen.

36

37 Es ist ferner nicht Sinn und Zweck einer Landesdelegiertenkonferenz, dass Anträge
38 nur um der Übung Willen geschrieben, eingebracht und beraten werden. Nach einem
39 Beschluss und erfolgter Weiterleitung ist das Antragsthema noch nicht erledigt,
40 weshalb eine regelmäßige Überprüfung des Verbleibes des Antrages und möglicher
41 bzw. fehlender Konsequenzen nötig ist. Zwischen den
42 Landesdelegiertenkonferenzen sollte dies Aufgabe des Vorstandes sein, da das ein
43 wesentlicher Teil der inhaltlichen Arbeit des Juso-Landesverbandes ist.

44

45

46

47

48 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

49 Weitergeleitet an:

1 Antrag: O9

2

3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Salzland

4

5 Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt und SPD-Bundesparteitag

6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

9

Rechte der Antragskommission

10

11 Die Antragskommission hat nur redaktionelle Pflichten zu erfüllen und ist nicht
12 befugt, Anträge abzulehnen oder Abstimmungsempfehlungen zu erteilen.

13

14 **Begründung:** erfolgt mündlich

15

16

17 Notizen während der Debatte:

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

51

Weitergeleitet an:

1 Antrag: O10

2

3 Antragssteller: Juso-Hochschulgruppe Magdeburg

4

5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6

7 **Sozialdemokratie an Hochschulen stärken: Finanzierung der Juso-**
8 **Hochschulgruppen sichern!**

9

10 Der Landesverband der Jusos-Sachsen-Anhalt schafft einen Haushaltsposten für die
11 Arbeit der JusoHochschulgruppen im Land. Aus diesem Topf kann jede aktive
12 sachsen-anhaltische JusoHochschulgruppe einen jährlichen Höchstbetrag von 150
13 Euro gegen Vorlage von Abrechnungen beantragen, so dass die abzurechnenden
14 Kosten durch den Juso-Landesverband beglichen werden.

15

16 **Begründung:**

17

18 Die JusoHochschulgruppen sind Projektgruppen des Juso-Landesverbandes vereint
19 im Studierendenverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und
20 der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD. Sie vertreten die
21 Sozialdemokratie an Universitäten und Fachhochschulen im gesamten Land und
22 sind dabei so häufig wie kein anderer Studierendenverband auch in der
23 demokratisch gewählten Studierendenvertretung erfolgreich.

24 In Sachsen-Anhalt gehören die Juso-Hochschulgruppe Magdeburg und die
25 Sozialdemokratische Hochschulgruppe Halle zu den aktivsten Juso/SPD-Verbänden
26 im Land.

27 Die Hochschulgruppen engagieren sich an den Hochschulen für die
28 Sozialdemokratie, indem sie Studierende für die Arbeit und die Organisationen der
29 Jusos und der SPD sensibilisieren und zur Mitgliederwerbung beitragen, in den
30 Gremien sozialdemokratische Politik machen, Öffentlichkeit
31 organisieren (z.B. Podiumsdiskussionen) und an den jährlichen Gremienwahlen
32 teilnehmen. Die Studentinnen und Studenten an den Hochschulen sind eine wichtige
33 Zielgruppe für die Sozialdemokratie, da die gesellschaftliche Bedeutung der
34 Hochschulen immer mehr zunimmt. Im Wahlkampf müssen wir uns auch gegen
35 erstarkende rechte Hochschulgruppierungen behaupten und haben so einen
36 erhöhten Aufwand.

37 Im Gegensatz zu den verschiedenen Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der
38 SPD und der Jusos wird unsere Arbeit nicht durch ein regelmäßiges Budget
39 gesichert, was uns angesichts der liquiden Konkurrenz in große Bedrängnis bringt.
40 Die weitere Arbeit ist ohne gesicherte Finanzierung
41 stark gefährdet. Langfristig müsste sich die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen stark
42 einschränken und kaum mehr Wirkung zeigen. Die Mittel, die die Mitglieder bisher
43 privat für die Finanzierung des Gremienwahlkampfes zur Deckung der Kosten für
44 Plakate, Flyer, etc. aufbrachten, bieten den JusoHochschulgruppen nicht mehr die
45 nötige Grundlage, um sich im immer stärker professiona-lisierten Gremien-
46 Wahlkampf zu behaupten und mithalten zu können.

47 Eigene Finanzierungsideen, wie etwa die Gründung eines Fördervereins für die
48 Juso-Hochschul-gruppe Magdeburg brachten bisher keinen durchschlagenden
49 Erfolg.

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: UVE1
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle und Juso-Kreisverband Saalekreis
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Landesplan zur Anpassung an den Klimawandel**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass das Land Sachsen-Anhalt einen Aktionsplan
12 erstellt, der speziell für unser Bundesland Maßnahmen zur Abfederung der
13 Auswirkungen des Klimawandels enthält. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe aus
14 Wissenschaft, Politik und Wirtschaft gebildet werden, die die Situation und
15 bisherigen und künftigen Veränderungen vor Ort analysieren und auf dieser Basis
16 realistische Anpassungsstrategien erarbeiten soll.
17

18 **Begründung:**

19
20 Dieser Antrag wurde in ähnlicher Form bereits zur LDK 2007 gestellt und dort am
21 Ende der Tagung und – aus Zeitgründen – ohne Debatte mit dem Hinweis auf bereits
22 bestehende Beschlüsse des Landes abgelehnt. Diese Beschlüsse beziehen sich
23 allerdings allesamt auf den Klimaschutz und nicht auf die Reaktion auf den Wandel
24 an sich.
25

26 Die seriöse Forschung geht mittlerweile davon aus, dass sich der Klimawandel nur
27 noch kompensieren lässt, dass man also auf jeden Fall mit für den Menschen
28 nachteiligen Folgen wie Dürren und Überflutungen – hiervon wird Deutschland laut
29 Klimareport stark betroffen sein – rechnen muss. Die bloße Investition in den
30 Klimaschutz geht deshalb nicht weit genug. Dies hat mittlerweile auch die Politik
31 erkannt, so arbeiten EU und Umweltbundesamt an Anpassungsstrategien.
32

33 Da der Klimawandel in den meisten Regionen unterschiedliche Auswirkungen haben
34 wird – z.B. Dürren im Sommer im Osten Deutschlands und Überflutungen im Winter
35 im Süden Deutschlands – sind auch gezielte Maßnahmen notwendig. Dafür ist
36 wiederum eine konkrete Analyse der Situationen und Veränderungen vor Ort
37 notwendig, wofür lokale Strukturen prädestiniert sind.

38 Es wäre ein Fehler, in Bezug auf das Thema Klimawandel nur beim Klimaschutz zu
39 bleiben. Das Land Sachsen-Anhalt, das z.B. im Bereich der regenerativen Energien
40 einen Spitzenplatz belegt, sollte deshalb sein Engagement auch auf den Bereich
41 Klimaanpassung ausweiten und über Forschung und Innovation sowohl einen
42 wichtigen Zukunftsmarkt erschließen als auch negative Folgen für das Land
43 frühzeitig erkennen und kompensieren.
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: UVE2
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, SPD-Fraktion im
6 Landtag von Sachsen-Anhalt, SPD-Bundesvorstand,
7 Ulrich Stockmann (MdEP)
8
9

10 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
11

12 **Umsetzung des DESERTEC-Konzeptes zur Nutzung regenerativer Energien**

13
14 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die politische Unterstützung und Umsetzung des
15 DESERTEC-Konzeptes (www.desertec.org), das vorsieht, den Energiebedarf von
16 Europa mittelfristig vollständig durch erneuerbare Energien zu decken.
17

18 **Begründung:**

19
20 Klimawandel und Ölkrise sind nur zwei der vielen Begriffe, die uns momentan vor
21 Augen halten was passieren wird, wenn wir unsere Energieerzeugung nicht zügiger
22 auf regenerative Energien umstellen. Dabei ist die Technologie zur vollständigen
23 Umstellung auf regenerative Energien bereits vorhanden, technisch wäre bereits jetzt
24 nach Aussage der mit dem Projekt betrauten Wissenschaftler der sechsfache
25 Weltgesamtbedarf zu decken. So sieht das DESERTEC-Konzept vor, in den Wüsten
26 Nordafrikas mit Hilfe von Solarkraftwerken Strom zu produzieren. Für den Weltbedarf
27 würden dafür Solarspiegelkraftwerke auf einer Fläche von Österreich ausreichen, für
28 Deutschland allein würde eine Fläche von der Größe Berlins und Hamburg genügen.
29 In Kalifornien arbeiten bereits seit über 20 Jahren derartige Spiegelkraftwerke. Des
30 Weiteren belegen Studien des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt die
31 Machbarkeit des Projektes. Die Vorteile dieser Art Strom zu produzieren sind, dass
32 selbst bei Nacht mit Hilfe von Wärmespeichern noch Solarstrom produziert werden
33 kann, dass die Kraftwerke im Gegensatz zu herkömmlichen Sonnenkollektoren
34 selbst bei großer Hitze noch einen hohen Wirkungsgrad haben, und dass die
35 Abwärme außerdem in Ländern mit hoher Wasserknappheit zur
36 Meerwasserentsalzung verwendet werden kann.

37 Einmal gebaut, würden die Kraftwerke nach Aussagen von Projektmitarbeitern 40-50
38 Jahre ohne Probleme Strom produzieren können, wofür lediglich die
39 Unterhaltskosten anfallen würden. Bei öffentlicher Förderung wäre eine Realisierung
40 des Ziels der Deckung des europäischen Gesamtenergiebedarfs in 15-20 Jahren (!)
41 möglich.

42 Kritik an dem Projekt wird vor allem in Bezug auf die möglicherweise zu hohe
43 Abhängigkeit von den dann energieproduzierenden Staaten in z.B. Nordafrika oder
44 auf der arabischen Halbinsel geübt. Die Abhängigkeit sei allerdings geringer als die
45 derzeitige Abhängigkeit vom Öl, da Solarenergie im Gegensatz zum Öl nicht
46 dauerhaft gespeichert werden könne und der erzeugte Strom deshalb unmittelbar in
47 die Netze eingespeist werden müsse. Außerdem würde sich die Produktion auf viele
48 verschiedene Staaten verteilen und die regenerative Energieerzeugung auf dem
49 europäischen Kontinent lediglich ergänzen. Nicht zuletzt würde Europa damit auch
50 ein Stück weit Entwicklungshilfe in Nordafrika leisten, da die dortigen Staaten dann

1 quasi das Industrieprodukt Strom nach Europa exportieren und in ihren Ländern für
2 eine sichere Versorgung mit Strom und Wasser sorgen könnten.

3

4 *Quellen: www.desertec.org/www.trec-eumena.org*

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: UVE3
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: Verkehrsministerium Land/Bund, SPD-Landesparteitag
6
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 Erweiterung der Verkehrsstatistik

11
12 Die Polizeibehörden der Länder und das Statistische Bundesamt sollen dazu
13 angehalten werden, in der jährlichen Verkehrsunfallstatistik auch die Zahl der
14 Personen zu erfassen, die durch die Beteiligung an einem Unfallgeschehen einen
15 bleibenden gesundheitlichen Schaden (Schwerbehinderung) davon getragen haben.
16

17 Begründung:

18
19 Bisher wird in der jährlichen Verkehrsstatistik nur die Zahl der Toten und Verletzten
20 Unfallbeteiligten ausgewiesen. Zur besseren Einschätzung der Entwicklung der
21 Sicherheit im Straßenverkehr wäre es aber hilfreich zu wissen, wie viele Unfallopfer
22 durch den Unfall einen Schaden erlitten haben, der sie langfristig beeinträchtigen
23 wird.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: UVE4
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und
6 Ulrich Stockmann, MdEP
7
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
10

11 **Keine Ampeln, keine Bordsteine**
12 **– Gegen den Verkehrsschilderwald –**
13 **Für „Shared Space“ in Sachsen-Anhalt**
14

15 Die SPD-Landtagsfraktion und MdEP Ulrich Stockmann sollen untersuchen,
16 inwieweit das Konzept „Shared Space“ auch in Sachsen-Anhalt umgesetzt werden
17 kann, um Pilotprojekte in den Kleinstädten unseres Bundeslandes zu initiieren.
18

19
20 **Begründung:**

21
22 Mehr Verkehrssicherheit durch eine Abschaffung von Schildern, Ampeln und
23 Bordsteinen. Verkehrsschilder trügen falsche Sicherheit vor. Eine Verkehrsstudie des
24 niederländischen Wissenschaftlers Hans Monderman hat ergeben, dass weniger
25 Schilder und Regulierungen zu mehr Sicherheit und Rücksicht im Straßenverkehr
26 von Kommunen, Vororten und Kleinstädten beitragen. „Shared Space“ ist ein
27 Verkehrskonzept der EU, das an die Verkehrsstudie Mondermans anknüpft und
28 bereits in der niedersächsischen Gemeinde Bohmte praktiziert wird.
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo1
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den
4 Landesvorstand und Juso-Kreisverband Salzland
5
6 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag und
7 SPD Bundestagsfraktion
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
10

11 **Änderung des Bundesgleichstellungsgesetzes**

12
13 Das Bundesgleichstellungsgesetz ist im Sinne des Gender Mainstreaming so zu
14 ändern, dass der Posten der Gleichstellungsbeauftragten auch von einem Mann
15 ausgeführt werden kann. Alle entsprechenden Paragraphen, in den dieser Posten nur
16 im weiblichen Geschlecht aufgeführt ist, sind anzupassen.
17

18 **Begründung:** erfolgt mündlich
19

20
21 Notizen während der Debatte:
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo2
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den
4 Landesvorstand und Juso-Kreisverband Salzland
5
6 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag und SPD Fraktion im
7 Landtag Sachsen-Anhalt
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
10

11 **Änderung des Frauenfördergesetzes Sachsen-Anhalt**

12
13 Das Frauenfördergesetz Sachsen-Anhalt ist im Sinne des Gender Mainstreaming so
14 zu ändern, dass der Posten der Gleichstellungsbeauftragten auch von einem Mann
15 ausgeführt werden kann. Alle entsprechenden Paragraphen, in den dieser Posten nur
16 im weiblichen Geschlecht aufgeführt ist, sind anzupassen.
17

18 **Begründung:** erfolgt mündlich
19

20
21 Notizen während der Debatte:
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo3
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den
4 Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis
5
6 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt und Finanzausschuss
7 des Bundestages
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Erbschaftsteuerreform**

11
12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine zügige Bearbeitung der aktuell diskutierten
13 Erbschaftsteuerreform.
14

15 **Begründung:**

16
17
18 Über den von der Bundesregierung bereits Ende 2007 eingebrachten Gesetzentwurf
19 zur Änderung des Erbschaftsteuergesetzes und des Bewertungsgesetzes konnte in
20 der Koalition bisher noch keine Übereinstimmung in allen Punkten erzielt werden.
21 Der Koalitionsausschuss verständigte sich am 11.06.2008 darauf, erst im Herbst
22 nach der Landtagswahl in Bayern eine Einigung anzustreben.
23

24 Dies ist bereits die dritte Terminverschiebung im Verfahren. Sollten weitere
25 Verschiebung hinzukommen, entsteht ab 01.01.2009 ein steuerfreier Zeitraum für
26 Erbschaften und Schenkungen in Deutschland, da die alte Gesetzgebung zu diesem
27 Zeitpunkt unwirksam wird.

28 Zur Verhinderung von hohen Steuereinbußen ist deshalb die zügige Bearbeitung
29 unabdingbar.
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo4
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den
4 Landesvorstand und Juso-Kreisverband Salzland
5
6 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag und
7 SPD Bundestagsfraktion
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
10

11 **Erhöhung der Diäten von Bundestagsabgeordneten**

12
13 Die Regelung zur Anpassung der Diäten für Bundestagsabgeordnete soll so
14 geändert werden, dass die Anpassung der Diäten an die Rentenerhöhung des
15 aktuellen Jahres gekoppelt wird. Die Kopplung soll 1:1 erfolgen, d.h. die Diäten
16 dürfen nur in dem Maße steigen, wie auch die Renten steigen.
17

18 **Begründung:** erfolgt mündlich
19

20
21 Notizen während der Debatte:
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo5
2
3 Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den
4 Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis
5
6 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Gerechte Abgeltung der Überstunden**

11
12 Wir Jusos bitten den Landtag Sachsen-Anhalt um eine gesetzliche Regelung zur
13 stärkeren Kontrolle der Abgeltung von Überstunden für Arbeitnehmer.
14

15 **Begründung:**

16
17 Gerade im Einzelhandel ist es üblich, dass Arbeitnehmer Tätigkeiten wie die
18 Reinigung von Verkaufsflächen noch nach der Arbeitszeit ausführen, ohne dafür
19 entlohnt zu werden. Auch die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten führt regelmäßig
20 zu Überstunden, die unbezahlt bleiben. Wenn ein Arbeitgeber sich entscheidet,
21 Leistungen vom Arbeitnehmer zu verlangen, die über die reguläre Arbeitszeit
22 hinausgehen, dann muss auch in besonderem Maße gewährleistet sein, dass die
23 zusätzliche Tätigkeit des Arbeitnehmers gerecht abgegolten wird.
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo6
2 Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den
3 Landesvorstand und Juso-Kreisverband Saalekreis
4

5 Weiterleitung an: Bundesfinanzausschuss
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Keine Verlängerung der Investitionszulage**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern, dass mit dem 31.12.2009 endende
12 Investitionszulagengesetz 2007 nicht zu verlängern.
13

14 **Begründung:**

15
16 Bei einem Haushaltsbudget des Landes Sachsen-Anhalt von rund 10 Milliarden Euro
17 werden in 2008 voraussichtlich rund 1,6 Milliarden Euro für Investitionen und
18 Investitionsfördermaßnahmen ausgegeben. Allein 200 Millionen Euro fließen in Form
19 von Investitionszulage an die hier ansässigen Unternehmen.

20 Bei erfolgreicher Antragstellung werden einem Unternehmen bis zu 27,5% der
21 Investition nachträglich erstattet. Folglich muss das Unternehmen nur 72,5% der
22 eigenen Investition selbst tragen.

23 Mit auslaufendem Investitionszulagengesetz hat der Bund die Möglichkeit, dieses
24 Geld zukünftig an die Bürger, statt an die Unternehmer, zu verteilen.
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo7
2 Antragssteller: Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales über den
3 Landesvorstand, Juso-Stadtverband Halle und
4 Juso-Kreisverband Saalekreis
5
6 Weiterleitung an: SPD-Landesgruppe im Bundestag und Landessozialministerin
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 **Mehr Sachleistungen statt mehr Kindergeld**

11
12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine gerechtere Kinder- und Jugendpolitik. Dazu
13 sollen mehr an den Besuch einer Institution gebundene Sachleistungen erbracht
14 werden, anstatt das Kindergeld zu erhöhen. So sollte beispielsweise die Verpflegung
15 in den Kindergärten und Schulen für alle Kinder und Jugendliche darüber finanziert
16 werden.

17 18 **Begründung:**

19
20 Die politischen Debatten bezüglich der Kinder- und Jugendpolitik sind
21 widersprüchlich. Einerseits weist man Reformversuche zurück, welche zum Beispiel
22 kostenlose Schulbeförderung, oder kostenlose Kindergartenplätze fordern. Auf der
23 anderen Seite diskutiert man jedoch über die Notwendigkeit einer
24 Kindergelderhöhung.

25
26 Um aber sicher zu gehen, dass die staatlichen Leistungen auch bei den Kindern und
27 Jugendlichen ankommen, muss in kinder- und jugendbezogene Sachleistungen
28 investiert werden.
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

49 A
50 bstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo8
2 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
3
4 Weiterleitung an: SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
5

6 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
7

8 **Einführung einer Mindestlohnkommission** 9

10 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die schnellstmögliche Einberufung einer
11 Mindestlohnkommission nach dem Vorbild der britischen „low pay commission“ durch
12 Bundesregierung und Bundestag.

13 Sie soll sich paritätisch aus renommierten Wissenschaftlern sowie Vertretern von
14 Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zusammensetzen und rasch einen
15 Vorschlag über einen Zeitfahrplan zur Einführung flächendeckender Mindestlöhne in
16 der Bundesrepublik vorlegen. Dabei kann wie im britischen Fall auf einem zunächst
17 niedrigen Niveau begonnen werden, von dem aus die Lohnhöhe regelmäßig erhöht
18 wird. Die wichtige Evaluation der Einführung von Mindestlöhnen bleibt somit
19 regelmäßig möglich.

20 Zentral bleibt die Forderung bleiben, dass ein Mindestlohn nicht nur ausgewählten
21 Branchen, sondern der Gesamtheit der Arbeitnehmer zu Gute kommt und damit die
22 Beschränkungen des Entsendegesetzes überwindet.
23

24 **Begründung:** 25

26 Das Thema Mindestlohn beschäftigt die SPD seit nunmehr fünf Jahren und ist
27 dennoch über das Stadium recht unverbindlicher Lippenbekenntnisse oder wenig
28 zielführender Schätzungen zu seiner sinnvollen Höhe nicht hinausgekommen. Im
29 schlimmsten Fall werden wir 2009 mit dem Thema Mindestlohn in den Wahlkampf
30 ziehen, ohne dafür ein Fundament gelegt zu haben, dass die offensive
31 Argumentation am Wahlkampfstand möglich macht. Die Ablehnung eines Antrags
32 der Grünen im Bundestag, der mit dem hier vorliegenden eng zusammenhängt, kann
33 im Moment im besten Fall als Zugeständnis der SPD an die Große Koalition gesehen
34 werden. Den Beifall der Jusos Sachsen-Anhalt hat sie nicht gefunden. Ganz im
35 Gegenteil: Das Thema muss in der SPD rasch aufgearbeitet und verinnerlicht
36 werden, damit es uns nicht endgültig aus den Händen gleitet.
37

38 Denn ein Mindestlohn hätte – gerade vor dem Hintergrund eines Aufschwungs, von
39 dem der durchschnittliche Arbeitnehmer kaum profitiert, und angesichts seiner
40 Erfolge in Großbritannien sowie in vielen kontinentaleuropäischen Staaten –
41 durchaus seine Berechtigung: Er würde nicht nur das wachsende Problem des
42 „working poor“ entspannen, sondern vielen Beschäftigten auch das Gefühl geben,
43 dass ihre Arbeit im Wortsinn „etwas wert“ ist.

44 Vom rechten Flügel der Liberalen und in weiten Kreisen der Union regt sich schon
45 lange Widerstand gegen den Mindestlohn; die unsäglichen Hetztiraden von Pofalla,
46 Westerwelle und Co. über die vermeintliche Jobvernichtung durch Mindestlöhne
47 entbehren aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit jeglicher Substanz,
48 wenn man sich die Wirkung von Mindestlöhnen europaweit vor das geistige Auge
49 führt. Von Schäden für den Arbeitsmarkt gibt es dort keine Spur – und doch den
50 Erfolg für die Betroffenen, dass die Ware „Arbeit“ deutlich mehr geworden ist als nur

1 eine verschiebbare und außerordentlich flexible Größe in einer betrieblichen
2 Kalkulation.

3 Wir müssen deshalb im Zuge der Einführung von Mindestlöhnen klar machen, dass
4 Polemik gegen den Mindestlohn in vielen Fällen Lobby-Politik ist, die vielen
5 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik schadet.

6 Die Mindestlohnkommission, die dieser Antrag fordert, bietet mehrere Vorteile: Sie
7 entspannt Konflikte auf bundespolitischer Ebene, weil sie eine wissenschaftliche
8 Fundierung der Einführung von Mindestlöhnen garantiert und damit willkürlich
9 gewählte Forderungen weit hinter sich lässt. Ihre paritätische Besetzung aus den
10 oben genannten Vertretern gewährleistet zudem, dass der pauschale Verdacht einer
11 beliebigen Festlegung durch die vermeintlich abgehobene politische Elite rasch und
12 mühelos entkräftet werden kann. Sie bietet zudem den Nutzen, die wichtigsten
13 Interessengruppen in die Entscheidungsfindung einzubinden und Ergebnisse als
14 Konsens präsentieren zu können.

15
16 Die Jusos Sachsen-Anhalt bekennen sich mit diesem Antrag ausdrücklich zur
17 sozialdemokratischen Kernforderung nach einem auskömmlichen Einkommen für
18 alle Beschäftigten. Zugleich wollen wir aber auch, dass über pauschale Lohnhöhen
19 hinaus eine verlässliche und wissenschaftliche Grundlage für Mindestlöhne gelegt
20 wird, um den Vorwurf, Mindestlöhne würden Arbeitsplätze vernichten, endgültig
21 argumentativ zu entkräften.

22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: WiSo9
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Halle
4
5 Weiterleitung an: SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Einrichtung einer ALGII-Kommission**

10
11 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einsetzung einer Kommission zur Evaluation
12 der Hartz-IV-Gesetze und ihrer Folgen für den Arbeitsmarkt und das soziale Klima in
13 Deutschland mit dem Ziel der Beseitigung von bisher aufgetreten Fehlern und
14 Schwächen und des negativen Images von „Hartz IV“.
15

16 **Begründung:**

17
18 Die Verabschiedung der Hartz-IV-Gesetze hat, so wichtig sie auch war, in
19 Deutschland einen Wandel eingeleitet, der bei vielen Bürgerinnen und Bürgern den
20 Eindruck eines negativen sozialen Wandels hinterlassen hat. Fest steht: Seit der
21 Einführung des ALG II hat es massive Probleme gegeben. Durch die
22 Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollten vorrangig auch
23 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger wieder näher an den Arbeitsmarkt herangeführt
24 werden. Jedoch beziehen nicht nur Arbeitslose Arbeitslosengeld II, sondern die
25 Leistung wird auch aufstockend an Arbeitslosengeldempfänger und
26 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt, die ihren Bedarf nicht durch das
27 erzielte Einkommen decken können. Fraglich ist also, ob gerade für diese Gruppe die
28 mit den Hartz-IV-Gesetzen eingeführten Maßnahmen die passenden sind.

29 Mittlerweile steht der Begriff Hartz IV synonym für soziale Ungerechtigkeit, obwohl er
30 doch eigentlich das Gegenteil bezwecken sollte. Seit der Einführung der Gesetze
31 waren fortlaufend Änderungen nötig, die das Gesamtbild aber nicht verbessern
32 konnten. Durch die Änderungen wurden beide Seiten, also sowohl die Gruppe der
33 Empfänger als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den ARGEn, optierenden
34 Kommunen usw. verunsichert. Die Gesetze sind schwer durchschaubar, die
35 Bescheiderteilung ist kompliziert und zieht eine Widerspruchsflut nach sich, es wird
36 keinerlei Unterschied zwischen Regionen und deren Besonderheiten getätigt und
37 vieles mehr.

38 Die Einführung der Hartz- IV-Gesetze hat jedoch auch zu positiven Effekten geführt,
39 wie der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit, die
40 verbesserte Betreuung junger Arbeitsloser, die Zahl der Abgänge aus der
41 Arbeitslosigkeit insgesamt ist gestiegen und der Anreiz ist gestiegen, wieder eine
42 Arbeit aufzunehmen.

43 Es ist an der Zeit, die Überarbeitung der Hartz-IV-Gesetze in die Hände einer neuen
44 Kommission zu geben. Darüber kann auf wissenschaftlicher Basis die bisherige
45 Bewährung evaluiert und Verbesserungen vorgeschlagen werden. Weiterhin sollte
46 daran gearbeitet werden den Begriff Hartz IV durch einen positiver besetzten Begriff
47 zu ersetzen, der deutlich macht, dass es bei den Reformen der Agenda 2010 um
48 eine Sicherung und nicht schrittweise Zerlegung des Sozialstaates ging.
49 Sozialleistungen sollten abgebaut werden, jedoch ist der Sozialstaat größer
50 geworden.
51

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: WiSo10
2
3 Antragssteller: Juso-Kreisverband Harz
4
5 Weiterleitung an: Kreisparteitag, LDK, Landesparteitag
6
7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9 **Zurückhaltung bei Diätenerhöhungen**

10
11 Der SPD-Kreisverband Harz/die Jusos Sachsen-Anhalt/ der Landesparteitag fordert
12 alle sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf, keinen
13 Diätenerhöhungen mehr zuzustimmen, die eine Erhöhung oberhalb der Entwicklung
14 der durchschnittlich verfügbaren Einkommen der Bevölkerung vorsehen. Zudem
15 fordern wir ein System der Anrechnung von Nebeneinkünften hauptamtlicher Politiker
16 zu schaffen.
17

18 **Begründung:**

19
20 Die Reallöhne stagnierten nahezu in den letzten zwei Jahrzehnten, Sozialtransfers
21 sind zurückgeschraubt wurden. Die Renten werden in den nächsten Jahrzehnten, so
22 sieht es die Rentenanpassungsformel vor, zwar nominell nicht sinken, so doch aber
23 Wachstumsraten unterhalb der prognostizierten Inflationsraten aufweisen, also real
24 weniger Kaufkraft abbilden. Kindergeld und Bafög werden nur alle Jubeljahre erhöht.
25 Sozialleistungen, die das soziale Existenzminimum sicherstellen sollen, werden trotz
26 gestiegener Lebenshaltungskosten über Jahre hinweg nicht erhöht.
27

28 Angesichts dieser Bilanz, die nicht zuletzt das Resultat einer Politik der Sparsamkeit
29 ist, Diätenerhöhungen durchzusetzen zu wollen, die sich allein an dem Maßstab der
30 Besoldung von Spitzenbeamten orientiert, ist nicht nur politisch instinktlos, sondern
31 maßlos und unverantwortlich. Der Eindruck des Selbstbedienungsladens ist die
32 logische Konsequenz dieses Maßstabes. Die Bevölkerung identifiziert sich in der
33 Regel eben nicht mit einem obersten Bundesrichter. Die Orientierung der
34 Politikergehälter an solchen Maßstäben stößt also kaum auf Verständnis.
35

36 Die Diäten der Bundes- und der meisten Landespolitiker befinden sich bereits auf
37 einem sehr hohen Niveau. Ein Anwachsen dieser mit der durchschnittlichen
38 Einkommensentwicklung der Bevölkerung würde völlig ausreichen, um auch
39 langfristig einen auskömmlichen und lukrativen Verdienst zu garantieren. Zudem ist
40 die Mehrung des Wohlstandes der Gesellschaft eine zentrale Aufgabe der Politik.
41 Wenn die Politiker Erfolg bei der Bewältigung dieser Aufgabe haben, dann ist es nur
42 gerecht, dass auch sie in gleichem Maße an der Wohlstandsmehrung teilhaben.
43 Scheitern sie hingegen, soll auch ihr persönliches Auskommen das Schicksal des
44 durchschnittlichen Einkommensniveaus teilen und eben nicht wachsen.
45

46 Natürlich dürfen nur die Abgeordneten selbst ihre Diäten festlegen, sie sind für
47 maßloses Verhalten schließlich auch abwählbar. Die Alternative bestünde darin,
48 dass jemand anderes die Höhe der Diäten bestimmen müsste. Es ist ersichtlich,
49 dass dieser Person oder Institution eine nicht verfassungskonforme Machtfülle
50 erwachsen könnte und die frei gewählten Abgeordneten in eine Art Abhängigkeit

1 versetzen würde. Welche Legitimation diese Machtfülle haben sollte bleibt
2 fragwürdig.

3 Aber es ist durchaus möglich, dass die Abgeordneten selbst sich einen Maßstab zur
4 Entwicklung der Diäten erwählen, der für jeden Bürger nachvollziehbar ist und als
5 legitim anerkannt wird. Die Teilhabe an der allgemeinen Wohlstandentwicklung,
6 könnte sich als geeigneter Maßstab herausstellen.

7
8 Viele Abgeordnete gehen zu dem einer lukrativen Nebenbeschäftigung nach. Dies
9 soll nicht prinzipiell abgelehnt werden, aber wenn jemand sich eben nur einen Teil
10 seiner Arbeitszeit der Ausübung seines Mandats widmet, soll er auch nur einen Teil
11 der Diäten dafür erhalten. Zusätzliches Einkommen sollte also anteilig angerechnet
12 werden und zur Verminderung des Diätenanspruchs führen.

13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Abstimmungen:
Weitergeleitet an:

Angenommen/ Abgelehnt:

1 Antrag: WiSo11
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag/
6 Landesgruppe Sachsen-Anhalt
7
8

9 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 **Einführung einer Börsenumsatzsteuer**

11
12
13 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die Einführung einer Börsenumsatzsteuer in Höhe
14 von 0,1 Prozent. Besteuert wird der Umsatz der von Inländern gehandelten
15 Wertpapiere. Dies umfasst sämtliche als Options- oder Festgeschäft ausgestalteten
16 Finanzinstrumente, sowie Kombinationen zwischen Options-, Variablen- und
17 Festgeschäften, deren Preis unmittelbar oder mittelbar abhängt von

- 18
19 - dem Börsen- oder Marktpreis von Wertpapieren
20 - dem Börsen- oder Marktpreis von Geldmarktinstrumenten
21 - dem Kurs von Devisen oder Rechnungseinheiten
22 - Zinssätzen oder anderen Erträgen oder
23 - dem Börsen- oder Marktpreis von Waren oder Edelmetallen
24

25 Dabei ist es ohne Bedeutung, ob das Termingeschäft in einem Wertpapier verbrieft
26 ist und ob es an einer amtlichen Börse oder außerbörslich abgeschlossen wird. Zu
27 den Termingeschäften gehören insbesondere Optionsgeschäfte, Swaps,
28 Devisentermingeschäfte, Forwards oder Futures. Außerdem sollen institutionelle
29 Großanleger, wie z. B. Investmentfonds, zur Offenlegung ihrer Börsentransaktionen
30 verpflichtet werden.

31
32 **Begründung:** erfolgt mündlich
33

34
35 Notizen während der Debatte:
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo12
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag/
6 Landesgruppe Sachsen-Anhalt
7

8 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
9

10 Einführung einer verbindlichen Patientenverfügung

11
12 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Einführung
13 einer verbindlichen Patientenverfügung für jede Bürgerin und jeden Bürger der
14 Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen. Des Weiteren müssen kostenfreie
15 Informationsmaterialien über die Patientenverfügung den Bürgerinnen und Bürgern
16 zur Verfügung gestellt werden.
17

18 **Begründung:**

19
20 Die Möglichkeiten der modernen Medizin sind heute weiter denn je, dennoch sollte
21 der Wille des Patienten an oberster Stelle stehen. Angehörigen und Ärzten dürfen
22 nicht zugemutet werden, über Tod und Leben des Patienten entscheiden zu müssen.
23 Eine Patientenverfügung erleichtert das Verfahren. Folglich fordern die Jusos, die
24 Einführung einer verpflichtenden Patientenverfügung.
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo13
2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg
4
5 Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt
6

7 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
8

9
10 **Stärkung des Tourismus –**
11 **Einführung des „Elbtalers“ in Sachsen-Anhalt**

12 Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, Konzepte für eine
13 Komplementärwährung in Sachsen-Anhalt zu entwickeln und diese auch
14 umzusetzen. Die Komplementärwährung bzw. das Regiogeld soll dazu beitragen,
15 den Tourismus und die Wirtschaft von kleinen bis mittelständischen Unternehmen in
16 unserem Bundesland weiter zu fördern und eine unverwechselbare Marke für das
17 Land Sachsen-Anhalt zu schaffen. Das Regiogeld soll sich entlang des Elbtals von
18 Süd- bis Nord-Sachsen-Anhalt erstrecken.
19

20 **Begründung:**
21

22 Durch das Regiogeld werden touristische Unternehmen dazu angeregt, sich stärker
23 untereinander zu vernetzen. Es können Rabattsysteme ausgehandelt werden, die
24 eine Attraktivität der Region stärken und eine unverwechselbare regionale Identität
25 fördern.
26

27 Des Weiteren soll das Regiogeld an einen Negativ-Zins gekoppelt sein, wodurch die
28 Konsumenten dazu veranlaßt sein werden, ihr Geld nicht zu sparen, sondern
29 unmittelbar in den Wirtschaftskreislauf wieder einzubinden. Aus dem Negativ-Zins
30 ergibt sich der Vorteil, dass die Konsumnachfrage in den einzelnen Regionen steigt
31 und die beteiligten Unternehmen einen stärkeren Umsatz verzeichnen können. Das
32 Regiogeld „Elbtaler“ kann somit als Wachstumsfaktor in der Elbregion gezielt
33 eingesetzt werden, um eine regionale wirtschaftliche Förderung voranzutreiben.
34

35 Neben den wirtschaftlichen Effekten besteht die Chance, eine Marke in Sachsen-
36 Anhalt zu etablieren, die über die Landesgrenzen hinaus als Werbefaktor
37 ausgeschöpft werden kann.
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49

50 Abstimmungen: Angenommen/ Abgelehnt:
51 Weitergeleitet an:

1 Antrag: WiSo14

2
3 Antragssteller: Juso-Stadtverband Magdeburg

4
5 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6 7 **Umwelt und Wirtschaft nicht gegeneinander ausspielen**

8 9 **Umweltpolitik als Notwendigkeit verstehen**

10
11 Trotz der Politisierung der ökologischen Gedanken fristet die Umweltpolitik immer
12 noch ein untergeordnetes Dasein. Zwar haben in den letzten Jahren alle Parteien
13 erkannt, dass auch ihre Programme die Umweltpolitik berücksichtigen müssen, doch
14 meist nicht an prominenter Stelle. Außerdem versuchen viele, insbesondere
15 konservative Politiker, die Wirtschaftspolitik gegen die Umweltpolitik auszuspielen.
16 Doch nur wer erkennt, dass eine intakte Umwelt überhaupt ein Wirtschaften erlaubt,
17 wird sehen, dass man Wirtschaftsinteressen nicht gegen unsere Umwelt ausspielen
18 kann.

19 20 **Unsere Umwelt ist unsere Zukunft**

21
22 Wir Jusos, als programmatischer und progressiver Jugendverband, sind
23 insbesondere verpflichtet Themen zu besetzen, die das menschliche
24 Zusammenleben in den nächsten Jahrzehnten beeinflussen werden. Die Rettung
25 unserer Erde in Zeiten der immer stärker werden Umweltverschmutzung, der Rodung
26 unserer Regenwälder sowie der Verschmutzung des schon viel zu knappen
27 Trinkwassers muß für uns Anlass sein, hier politisch zu handeln. Viele Probleme sind
28 hausgemacht. Insbesondere die vom Menschen verursachte globale Erderwärmung
29 wurde und wird auch von der Bundesrepublik Deutschland mit verursacht. Aus
30 diesem Grund sprechen wir Jusos uns dafür aus, dass:

- 31
- 32 • Der Individualverkehr sinnvoller und effizienter gestaltet wird. Wir fordern eine
 - 33 Co₂ Besteuerung, die nicht mit Tricks arbeitet, sondern wie in Frankreich den
 - 34 tatsächlichen Co₂-Austoss als Steuergrundlage nimmt.
 - 35 • Der ÖPNV nicht kaputt gespart wird, sondern durch Mittel des Bundes und der
 - 36 Länder ausgebaut wird.
 - 37 • Keine sinnlosen Bauvorhaben gestartet werden, die der Umwelt mehr
 - 38 schaden als nutzen, wie z. Bsp. die Zerstörung des Lebensraums Elbe, durch
 - 39 den Elbe-Saale-Kanal.
 - 40 • Die Erforschung und die flächendeckende Nutzbarmachung moderner
 - 41 Antriebstechniken steuerlich noch stärker gefördert werden.
 - 42 • Kerosin und Schiffsdiesel besteuert werden.
 - 43 • Entwicklungshilfe auch dafür genutzt wird, dass gerodete Regenwälder wieder
 - 44 aufgeforstet und geschützt werden.
 - 45 • Deutschland noch mehr als bisher sich dafür einsetzt, dass zukünftige
 - 46 Wirtschaftsmächte wie China oder Indien, aber auch Industrienationen wie die
 - 47 USA sich zu einem echten und fairen Emissionshandel bereit erklären.

48
49 All dies können nur einzelne Projekte sein, die die globale Erwärmung vielleicht
50 etwas verlangsamen. Aber es sind erste wichtige Schritte, wenn wir den
51 nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen wollen. Das

1 Leben auf Kosten der nachfolgenden Generation muss aufhören.

2 3 **Die Zukunft der Umwelt ist abhängig von unserer Forschung und Entwicklung**

4
5 Die Forschung und Entwicklung von modernen Energiegewinnungsformen hat in den
6 letzten Jahren dem Staat eine Menge Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verschafft.
7 Der ökologische Sektor ist einer der größten boomenden Märkte überhaupt. Aus
8 diesem Grund sind staatliche Investitionen in diese Märkte nicht nur eine Investition
9 in eine saubere Umwelt, sondern auch eine Investition für den sozialen Frieden in
10 Deutschland. Aus diesem Grund fordern wir Jusos weiterhin:

- 11
- 12 • Dass der Staat über die KfW zinslose Kredite bis zu hunderttausend Euro an
- 13 junge Umwelt-Start-up-Unternehmen vergeben kann.
- 14 • Dass der Bund und die Länder, mehr Geld für die Forschung neuer
- 15 Umwelttechnologien bereitstellen.
- 16 • Dass die Kooperationen zwischen Hochschulen und jungen Unternehmen
- 17 staatlich gefördert werden.
- 18 • Dass mehr Studienplätze in Bereichen, die sich mit Umwelt- und
- 19 Energietechnik beschäftigen, zur Verfügung gestellt werden.
- 20 • Dass internationale Kooperation im Bereich Umwelt- und Energietechnik
- 21 geknüpft und intensiviert werden, damit Synergieeffekte genutzt werden
- 22 können.

23 24 **Eine intakte Umwelt bedeutet ein gesünderes Leben**

25
26 Das große Monokulturen in der Landwirtschaft großen ökologischen Schaden
27 anrichten, ist eine bekannte Tatsache. Der Schaden ist aber nicht nur bei den
28 Ökosystemen als solche anzutreffen, sondern schadet den Menschen auch direkt.
29 Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft oder Medikamenten bei der
30 Viehwirtschaft ist eine große gesundheitliche Gefahr. Aus diesem Grund kann das
31 einzige Ziel sein, die Landwirtschaft ökologisch sinnvoll zu gestalten.

32 Aus diesem Grund fordern wir Jusos:

- 33
- 34 • Dass die Vergabe von Fördermitteln in der Landwirtschaft nicht mehr nach der
- 35 Flächengröße erfolgt, sondern nach dem gewählten Produktionsstandard.
- 36 Dabei sind ökologisch produzierte Lebensmittel besonders zu fördern.
- 37 • Dass ökologisch produzierte Lebensmittel auch direkte steuerliche Vorteile
- 38 und Subventionen erhalten, so dass die erhöhten Produktionskosten nicht
- 39 komplett an den Konsumenten weitergegeben werden. Nicht nur reiche
- 40 Menschen haben das Recht auf ökologische Lebensmittel.
- 41 • Dass eine staatliche Begrenzung für die Gesamtgröße einer Anbaufläche
- 42 eingeführt werden. Denn, verkleinerte und durch Hecken geschützte
- 43 Anbauflächen senken die Bodenerosion und verringern den Einsatz von
- 44 Pestiziden.

45
46 **Begründung:** erfolgt mündlich

1 Notizen während der Debatte:

- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22

23 Abstimmungen:

Angenommen/ Abgelehnt:

24 Weitergeleitet an:
